

STUDIEN

HORST KAHRS

ABSCHIED AUS DER DEMOKRATIE

**ZUM SOZIALEN KLASSENCHARAKTER
DER WACHSENDEN WAHLENTHALTUNG
UND DER PREISGABE STAATSBÜRGER-
LICHER RECHTE**

HORST KAHRS ist wissenschaftlicher Referent am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit den Themenschwerpunkten Sozialstruktur- und Klassenanalyse und öffentliche Güter. Er publizierte in den vergangenen Jahren vor allem Wahlanalysen und zu Organisationsfragen.

Vom Autor ist in der Reihe Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung zuletzt erschienen: Zurück zur Wählerschaft. Potentiale für DIE LINKE (Standpunkte 9/2012 von Horst Kahrs und Harald Pätzolt).

IMPRESSUM

STUDIEN wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Marion Schütrumpf

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: November 2012

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	5
1 Phänomenologie der Wahlenthaltung	7
1.1 Vorläufige Typisierung der Wahlenthaltung	7
1.2 Wahlenthaltung im Zeitverlauf	8
1.3 Wahlenthaltung auf verschiedenen politischen Ebenen	9
1.4 Wahlenthaltung nach Alter und Geschlecht	10
1.5 Sozialräumliche und soziale Verteilung der Wahlenthaltung	12
1.6 Wahlenthaltung als Problem demokratischer Repräsentation und Legitimation	13
2 Typisierung der Wahlenthaltung	15
2.1 Wahlenthaltung von wahlberechtigten Personen	15
2.2 Dauernichtwähler und wechselbereite Wahlenthalter	15
3 Motive für die Wahlenthaltung	19
3.1 Ergebnisse der Wahlforschung	19
3.2 Motive von Nichtwählern laut Umfragen	22
4 Fazit	26
Literatur	28

Ich glaube fürwahr, dass der ärmste Mann in England ein Leben zu führen hat wie der vornehmste; und deshalb, Sir, denke ich wahrhaftig, dass ein jeder Mann, hat er unter einer Regierung zu leben, zuerst durch eigenes Zustimmen sich jener Regierung unterstellen sollte; und daher denke ich auch, dass im strengen Sinne der ärmste Mann in England in keiner Weise an eine solche Regierung gebunden ist, der sich zu unterstellen er keine Stimme hatte.

Ein Sprecher der Levellers in den Putney Debates 1647; zit. nach Hardt/Negri (2010: 55)

EINLEITUNG

Die Wahlbeteiligung sinkt in Deutschland seit über 30 Jahren mit wenigen Ausnahmen von Wahl zu Wahl. Oftmals gilt in den Medien eine imaginäre «Partei der Nichtwähler» als die eigentliche Siegerin des Wahlabends. «Die Nichtwähler», heißt es, seien zugleich wichtiges Mobilisierungsreservoir für neu auftretende Parteien bzw. für solche, die auf grundlegende Änderungen am politischen und gesellschaftlichen System abzielen. Oftmals wird eine sinkende Wahlbeteiligung als ein Krisenphänomen des demokratisch-repräsentativen Systems gewertet. Dieses Urteil folgt aus der normativen Vorstellung, nach der sich in einer funktionierenden Demokratie, die sich allseitiger Anerkennung und Zufriedenheit erfreut, alle Bürgerinnen und Bürger an politischen Wahlen beteiligen würden bzw. sollten. Wahlenthaltung gilt dann als ein unmittelbarer Ausdruck der politischen Unzufriedenheit und des Protests und ihr Umfang als ein linearer Gradmesser hierfür. Lange Zeit wurde in der Wahlforschung jedoch auch die These vertreten, bei der zurückgehenden Wahlbeteiligung in Deutschland handele es sich um einen «Normalisierungsprozess», bei dem sich das Partizipationsniveau dem in anderen westlichen Demokratien annähere. Anwachsendes Nichtwählen gilt in dieser Sicht als eine hinzunehmende demokratische Verschleißerscheinung. Darin sei weder ein besorgniserregendes Krisenphänomen noch ein demokratisches Repräsentationsproblem zu sehen. Erstens verteile sich die Wahlenthaltung über alle Bevölkerungsgruppen. Zweitens könne Wahlabstinenz auch Zufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen ausdrücken, so dass es – bei gleichzeitigem Rückgang der gesellschaftlichen Verankerung der Wahlnorm als einer demokratischen Pflicht – für viele keinen ausreichenden Grund gäbe, die Mühen des Wahlgangs auf sich zu nehmen. Nicht alle Wahlberechtigten seien politisch interessiert, und wenn die Nichtinteressierten oder Nichtinformierten bei Wahlen zu Hause blieben, so sei das für die Qualität demokratischer Wahlentscheidungen positiv und nicht negativ zu bewerten.

Obwohl sich unter den Nichtwählern tatsächlich Bürger aller Bildungsschichten und Berufsgruppen finden (vgl. Schäfer 2011b: 137), wurde mittlerweile allerdings mehrfach empirisch nachgewiesen, dass ein sich verstärkender Zusammenhang zwischen anwachsender Wahlenthaltung und sich vertiefender sozialer Spaltung existiert.¹ Demnach schlägt sich soziale Desintegration in «demokratisch-repräsentativer Desintegration» nieder und führt somit zumindest langfristig zu einer eindeutigen «sozialen Schieflage», die Tendenzen einer Klassenspaltung aufweist.

Diese Studie setzt der Vorstellung, es gäbe eine «Partei der Nichtwähler», eine differenzierte Sicht auf das Phänomen «Wahlenthaltung» entgegen. Im Mittelpunkt stehen dabei der seit Mitte der 1980er Jahre

zu verzeichnende stetige Zuwachs bei der Wahlabstinenz und die Frage nach dem sozialen Charakter des zunehmenden Abschieds aus der staatsbürgerlichen Bindung. Wahlbeteiligung wird dabei als Wahrnehmung einer staatsbürgerlichen Aufgabe begriffen. Demokratie bietet nicht nur die Freiheit und das Recht, sich an allgemeinen, freien, gleichen und direkten Wahlen zu beteiligen, sie verlangt und erwartet auch die Bereitschaft, sich zu beteiligen und zu entscheiden. Nur dann kann Demokratie den Anspruch der «Herrschaft über das Volk durch das Volk» einlösen. Die Entscheidung, sich nicht an Wahlen zu beteiligen – also nicht nur an einer Beteiligung gehindert zu sein –, kann unterschiedliche Gründe und Motive haben: Man will ein Signal an die bevorzugte Partei senden, man ist von den Parteien und vom politischen System enttäuscht oder dauerhaft politisch desinteressiert. In der Wahlforschung gilt der Grundsatz: Wer einmal aus politischer Enttäuschung Wahlen fernbleibt, ist nur schwer wieder zurückzugewinnen. Darauf haben die Parteien reagiert, indem sie sich in Wahlkämpfen, in der Programmatik und in der Politik mehr und mehr auf die wahlbereiten Schichten und ihre Interessen konzentriert haben. Dadurch wurde eine sich in den vergangenen beiden Legislaturperioden nochmals verstärkende Dynamik in Gang gesetzt. Das fehlende Bemühen um die Interessen sozialer Schichten, aus denen vor allem die wachsende Gruppe der Nichtwähler kam, gibt dem Abschied aus der staatsbürgerlichen Beteiligung weiteren Auftrieb.

Auch international hat sich gezeigt, dass Mitte-Links-Parteien auf wachsende Einkommensungleichheit nur dann mit ausgesprochen linken Programmen reagieren, wenn die Wahlbeteiligung hoch und damit sehr wahrscheinlich gleichmäßig über alle Wählergruppen verteilt ist. Nachgewiesen wurde ebenfalls, dass mit der Höhe der Wahlbeteiligung auch die Höhe der Sozialausgaben steigt und damit auch die Umverteilungsrate (ebd.: 133). Die Wahlbeteiligung verändert wahrscheinlich nicht die parteipolitische Zusammensetzung der Parlamente, weil sich die Parteien programmatisch an den Wählern orientieren, wohl aber die dort gestaltete Politik (ebd.: 137).

Diese Studie beschäftigt sich mit dem sozialen Charakter der anwachsenden Abstinenz bei politischen Wahlen in Deutschland, vor allem mit der Wahlenthaltung bei Bundestagswahlen. Sie ist bemüht, den Stand der wissenschaftlichen Forschung zusammenzutragen und entlang der Fragestellung nach einem sich herausbildenden Klassencharakter der Wahlenthaltung auszuwerten. Zurückgegriffen wird zudem auf Ergeb-

¹ Zuletzt Brähler/Decker (2012). Sie ermittelten, dass Personen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von unter 1.000 Euro sowie Arbeitslose und Personen, die ihren Arbeitsplatz bedroht sehen, überproportional stark unter den Nichtwählern vertreten sind.

nisse von Umfrageinstituten zu Wählerwanderungen bei Bundestagswahlen und auf Ergebnisse von Befragungen zwischen den Wahlterminen.

Der Beschränkung der Fragestellung auf Parlamentswahlen könnte mit dem Argument begegnet werden, dass sich diejenigen, die sich nicht an Wahlen beteiligen, dafür zivilgesellschaftlich engagieren, etwa in sozialen Bewegungen, und damit Formen direktdemokratischer Partizipation bevorzugen. Tatsächlich zeigen empirische Beispiele wie der Hamburger Schulentcheid 2010 und neue Studien (z. B. Klatt/Walter 2011; Bödeker 2012), dass auf diesem Feld die soziale Schiefelage bei der Beteiligung noch stärker ausfällt als bei Bundestagswahlen. Offensichtlich handelt es sich um einen Vorgang, der mit Begriffen wie Parteien- und Politikverdrossenheit nicht zu fassen ist. Eher schon fehlt es an einer Vision von der Veränderbarkeit der vorgefundenen Verhältnisse nach eigenen Vorstellungen und an dem Glauben an die eigenen Fähigkeiten.

Damit sind Fragen aufgeworfen, die in dieser Studie nicht beantwortet werden können. Inwieweit geht in einem sozial und wirtschaftlich bedrängten Alltag der Raum für politisches Interesse und Beteiligung generell zurück? Führen sozialer Abstieg und soziale Ausgrenzung nicht nur zum Verlust des Vertrauens in die eigenen Fähigkeiten, sondern auch zum Selbstabschluss, wonach «die Politik» etwas für die anderen ist? Welche Rolle spielen die im Rahmen der Globalisierung der Arbeitsmärkte gemachten Erfahrungen der Ohnmacht gegenüber wirtschaftlich Mächtigen? Und schließlich: Welche Rolle spielen bei der sozial asymmetrischen Demobilisierung der Wahlbevölkerung die Parteien selbst, wenn sie einerseits immer wieder «die Sachzwänge» bemühen, die verhindern, dass sie tun, was sie eigentlich wollen, und wenn sie andererseits soziale Lebenslagen immer stärker als Ergebnis individueller Leistung und persönlichen Verhaltens deuten und damit den Einfluss politischer Gestaltung sozialer Rahmenbedingungen für ein «gutes Leben» leugnen?

1 PHÄNOMENOLOGIE DER WAHLENTHALTUNG

In diesem Kapitel werden empirische Daten zur Wahleuthaltung und ihrer Entwicklung im Zeitverlauf zusammengetragen. Es beginnt mit einer vorläufigen Typisierung verschiedener Formen der Nichtbeteiligung an allgemeinen Wahlen nach der Art und Weise, wie sie zustande kommt. Im weiteren Verlauf steht der Typus des freiwilligen Verzichts auf eine Teilnahme nach einer individuellen Entscheidung im Mittelpunkt. Im zweiten Kapitel wird dann in einem weiteren Schritt nach unterscheidbaren Typen des individuellen Wahlverzichts gefragt und im dritten Kapitel nach möglichen Motiven.

1.1 VORLÄUFIGE TYPISIERUNG DER WAHLENTHALTUNG

Der Umfang der Wahleuthaltung wird gemeinhin an der Zahl der Wahlberechtigten gemessen. Dieser Maßstab ist nachvollziehbar, insoweit mit der Wahlbeteiligung ausgedrückt werden soll, wie viele derjenigen Personen, die hätten wählen dürfen, sich am Ende tatsächlich an einer Wahl beteiligt haben. Dabei ist die Zahl der wahlberechtigten Bewohner eines Landes grundsätzlich kleiner als die dauerhafte Wohnbevölkerung, weil ein Teil der Bevölkerung durch rechtliche Vorgaben vom politischen Wahlrecht ausgeschlossen bleibt.

Es gibt verschiedene Mechanismen und Gründe, die dazu führen, dass Menschen nicht zur Wahl gehen können oder wollen. Auf den ersten Blick lassen sich grundsätzlich vier Typen von Wahleuthaltung unterscheiden: die systematische Exklusion, die strukturelle Exklusion, die unechte oder technisch bedingte Wahleuthaltung sowie der individuelle Wahlverzicht.²

Systematische Exklusion

In der Bundesrepublik Deutschland lebten 2009 laut «Datenreport 2011» des Statistischen Bundesamtes 81,8 Millionen Menschen. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 62,1 Millionen oder 76 Prozent der Bevölkerung mit Hauptwohnsitz im Staatsgebiet. Knapp 20 Millionen Einwohner, darunter bis zu 5 Millionen Erwachsene, waren somit bei der letzten Bundestagswahl nicht wahlberechtigt. Eine systematische Exklusion liegt vor, wenn Menschen aufgrund ihres Alters oder aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit von der Beteiligung an politischen Wahlen ausgeschlossen sind. Als systematischer Ausschluss zählt weiter die (vorübergehende) Aberkennung des aktiven Wahlrechts etwa im Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Verurteilung. Systematische Exklusion ist eine Form der unfreiwilligen Wahleuthaltung, die Folgen für die Qualität der demokratischen Repräsentation hat.

Die Linien des Ausschlusses divergieren mittlerweile auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen. So ist in vielen Ländern des Bundes bei Kommunalwahlen das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt worden, und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit besitzen zum Beispiel als EU-Bürger mit Hauptwohnsitz am

Wahlort über das Wahlrecht. Diese Studie konzentriert sich, sofern nicht ausdrücklich anders ausgewiesen, auf die Wahl zum Deutschen Bundestag und somit das Bundeswahlrecht.

Strukturelle Exklusion

Strukturelle Exklusion trifft Personen, die zwar wahlberechtigt sind, aber für deren Wahlbeteiligung hohe strukturelle Hürden bestehen. Beispiele hierfür sind häufig informelle Ausschluss- und Diskriminierungsmechanismen wie Meldepflichten, die gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen wie ethnische Minderheiten oder Obdachlose als strukturelle Beteiligungshürden wirken.

Unechte oder technisch bedingte Wahleuthaltung

Unter den Begriff der unechten oder technisch bedingten Wahleuthaltung werden in der Forschung verschiedene Phänomene gefasst: wahlberechtigte Personen, die zwischen Erstellung des Wahlregisters und dem Wahltag verstorben sind, deren Briefwahlunterlagen nicht rechtzeitig eingetroffen sind, die am Wahltag erkrankt sind oder anderweitig verhindert waren, ohne von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch gemacht zu haben. Der Anteil dieser «unechten Nichtwähler» wird in Deutschland auf bis zu 5 Prozent der im Wahlregister ausgewiesenen Wahlberechtigten geschätzt.

Individueller Wahlverzicht

Dem individuellen Wahlverzicht liegt in der Regel eine persönliche Entscheidung zugrunde, die auch mit einer Gruppenzugehörigkeit (z. B. mit religiösen Motiven) zusammenhängen kann. Dem Verzicht vorausgegangen ist entweder eine bewusste Entscheidung gegen die Wahlbeteiligung oder eine fehlende Entscheidung für die Wahlbeteiligung. Bei denjenigen, die Wahlverzicht üben, handelt es sich zweifellos um die größte und aus politischer Sicht um die interessanteste Gruppe von Nichtwählern. Da beim Wahlverzicht mit großer Wahrscheinlichkeit auch das soziale Umfeld und die spezifischen Lebensbedingungen eine Rolle spielen, sind hier unter Umständen auch Formen der strukturellen oder systematischen Exklusion zu berücksichtigen. So wird eine eingebürgerte Migrantin vermutlich mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit zur Wahl gehen, wenn ihr soziales Umfeld vorwiegend von Menschen geprägt ist, die aufgrund der fehlenden deutschen Staatsbürgerschaft nicht wählen dürfen. Ähnliches könnte auch für sehr junge Wahlberechtigte gelten, wenn deren soziales Umfeld vor allem aus Minderjährigen und daher Nichtwahlberechtigten besteht. Auf diese und andere Unterscheidungen innerhalb der Kategorie «individueller Wahlverzicht» wird später – im Kapitel 2 – zurückzukommen sein.

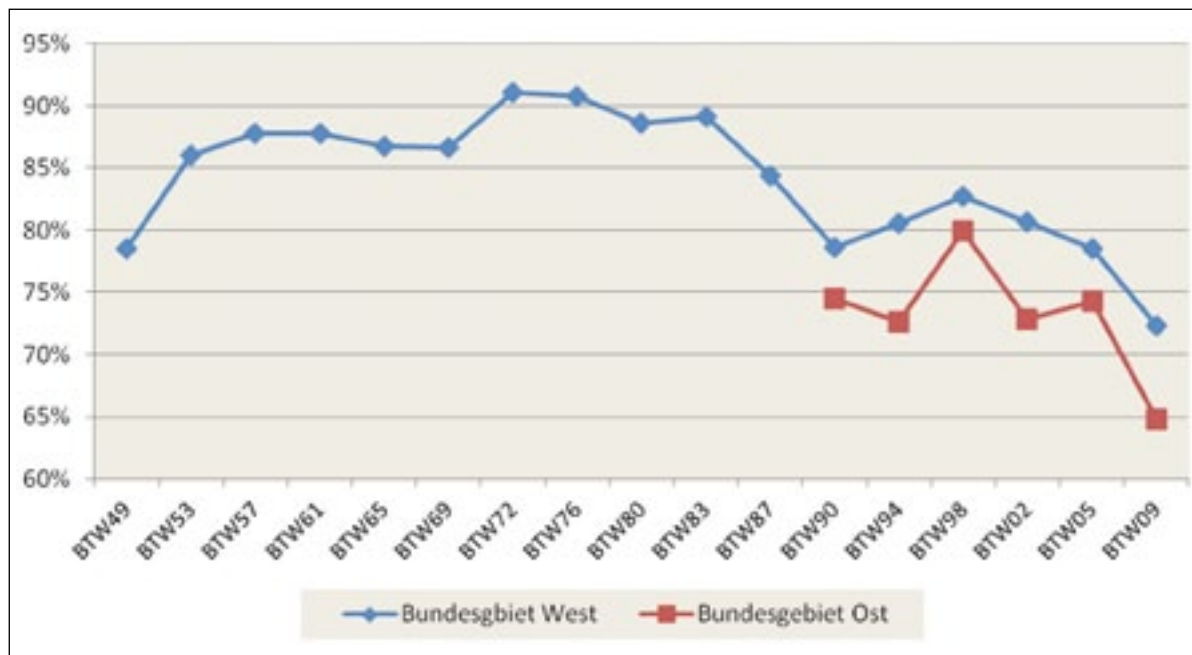
² Die systematische und die strukturelle Exklusion werden in der Wahlforschung selten als eigene Typen hervorgehoben. Eine Ausnahme bildet z. B. de Nève (2009).

1.2 WAHLENTHALTUNG IM ZEITVERLAUF

Die Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland stieg bereits in den 1950er Jahren schnell auf über 85 Prozent an, überschritt in den 1970er Jahren die 90-Prozent-Marke und lag auch noch in der ersten Hälfte der 1980er Jahre auf einem – auch im internationalen Vergleich – relativ hohem Niveau (vgl. Abb. 1).

trien, mit wachsender sozialer Desintegration und Spaltung in zwei Wellen deutlich zu sinken. Offensichtlich besteht zwischen wachsender sozialer Spaltung, Unsicherheit und relativen Wohlstandsverlusten einerseits und Wahlbeteiligung andererseits ein negativer Zusammenhang, zumal unter der Hegemonie neoliberaler Ideologie, der es immer besser gelang, gesellschaftliche Phänomene als Ergebnisse individuellen (Fehl-)Ver-

Abb. 1: Entwicklung der Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1949 bis 2009 in der alten Bundesrepublik (Bundesgebiet West) und seit 1990 in den ostdeutschen Ländern (Bundesgebiet Ost)



Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis amtlicher Wahlstatistiken

Parallel zu der sich ausweitenden und verfestigenden Massenarbeitslosigkeit sank die Wahlbeteiligung erstmals 1990 wieder unter die 80-Prozent-Grenze, wo sie zunächst verharrte. In den ostdeutschen Ländern lag sie von Beginn an deutlich niedriger. Eine Ausnahme bildet die Bundestagswahl von 1998, wo es erstmals zur Abwahl eines regierenden Bundeskanzlers kam. Ab 2002 – im Zuge der sich ausbreitenden Enttäuschung über die sozialdemokratische Regierungspolitik und unter dem Vorzeichen einer Großen Koalition – fiel die Wahlbeteiligung deutlich, zum Teil unter 70 Prozent, wobei die Rückgänge im Bundesgebiet Ost stärker waren als im Bundesgebiet West. Damit lag die Wahlbeteiligung erstmals unter dem Ausgangsniveau von 1949.

Auf den ersten Blick scheint es so, dass wirtschaftliche Prosperität, allgemeine Wohlstandsgewinne und sozialstaatliche Integration in den Nachkriegsjahren mit einem Anstieg der Wahlbeteiligung zusammenhängen, dass die Wahlbeteiligung in den 1970er Jahren als eine Art Bestätigung der sozialdemokratisch geführten Regierung nochmals merklich zunahm, um dann mit einsetzender Massenarbeitslosigkeit, dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen, technologischer Umwälzung der Produktionsweise mit dem Untergang «alter» Indus-

haltens darzustellen. Ökonomische und soziale Krisen, auch als Krise im eigenen Alltag spürbar, führen offenbar nicht dazu, dass mehr Menschen versuchen, ihre Interessen über die Partizipation an Wahlen wahrzunehmen, sondern zum Gegenteil. Drängen im historischen Blick die sozialen Erwartungen und Ansprüche der Massen über das allgemeine Wahlrecht mit Macht ins politische System und veränderten die Teilungsverhältnisse, so wurden sie unter dem Eindruck der Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt zurückgedrängt.

Spätestens seit Beginn der 1990er Jahre wird die Diskussion über den Rückgang der Wahlbeteiligung in Deutschland unter Stichworten wie Politik-, Politiker-, Partei- oder auch Demokratieverdrossenheit geführt. Aus dieser Zeit stammen auch wegweisende Studien aus der Politikwissenschaft zur Wahlabstinenz wie die von Eilfort (1994) und Kleinhenz (1995). In der Gesamtschau geht es bei dieser breit geführten Debatte aber nicht um die Frage, wie man den Trend der abnehmenden Wahlbeteiligung umkehren kann, sondern darum, ob von ihm Gefahren für die demokratische Stabilität zu erwarten sind. Bereits zehn Jahre zuvor hatte das Überschreiten der Eine-Million-Grenze bei den registrierten Arbeitslosen eine vergleichbare Debatte über

die drohende Wiederkehr von «Weimarer Verhältnissen» ausgelöst und zur Entpolitisierung von Massenarbeitslosigkeit beigetragen. Ein ähnlicher Gewöhnungseffekt ist vermutlich auch mit der öffentlichen Diskussion zur Wahleuthaltung verbunden.

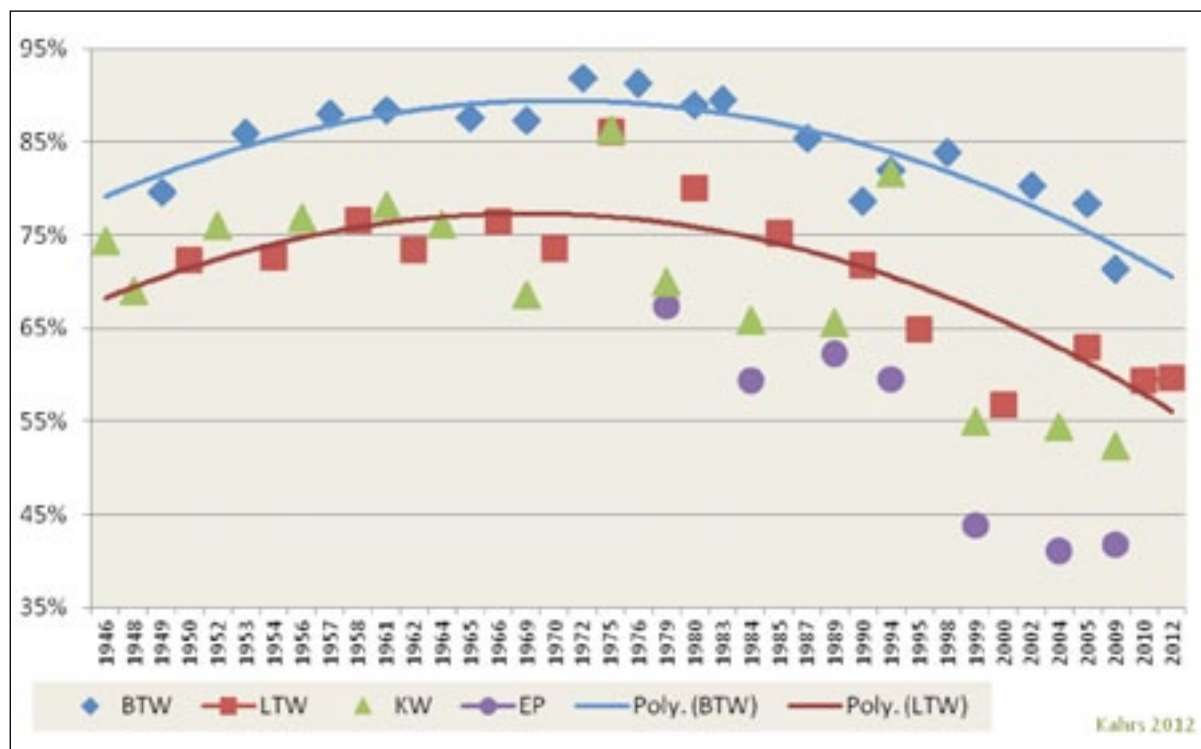
1.3 WAHLENTHALTUNG AUF VERSCHIEDENEN POLITISCHEN EBENEN

Bei den Wahlberechtigten hat sich, gemessen an der Entwicklung der Wahlbeteiligung, offensichtlich ein Urteil über die politische Wertigkeit der unterschiedlichen politischen institutionellen Ebenen Kommune, Land, Bund und Europa verfestigt. Am Beispiel der Wahlbeteiligung in Nordrhein-Westfalen, einem in vielerlei Hinsicht für Deutschland typischen und zu-

der Bedeutung und des Einflusses für und auf die eigene Lebenssituation (vgl. Abb. 2). Interessanterweise spiegeln sie nicht das für möglich gehaltene Maß der eigenen Einflussnahme. Die wird auf der kommunalen Ebene, wo die Wahlbeteiligung mit am niedrigsten ist, am höchsten eingeschätzt. Der institutionellen Handlungs- und Entscheidungsebene, auf die man den größten Einfluss zu haben glaubt, wird zugleich die geringste Bedeutung für die Beeinflussung der eigenen Lebenslage zugeschrieben³ (Köcher 2012).

Auffällig ist der eklatante Bedeutungsverlust der Europawahlen. In den 1990er Jahren sank die Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament in Nordrhein-Westfalen wie im Bundesdurchschnitt deutlich unter das Niveau bei Kommunalwahlen.⁴ Diese Ent-

Abb. 2: Die Beteiligung an unterschiedlichen politischen Wahlen in Nordrhein-Westfalen von 1946 bis 2012



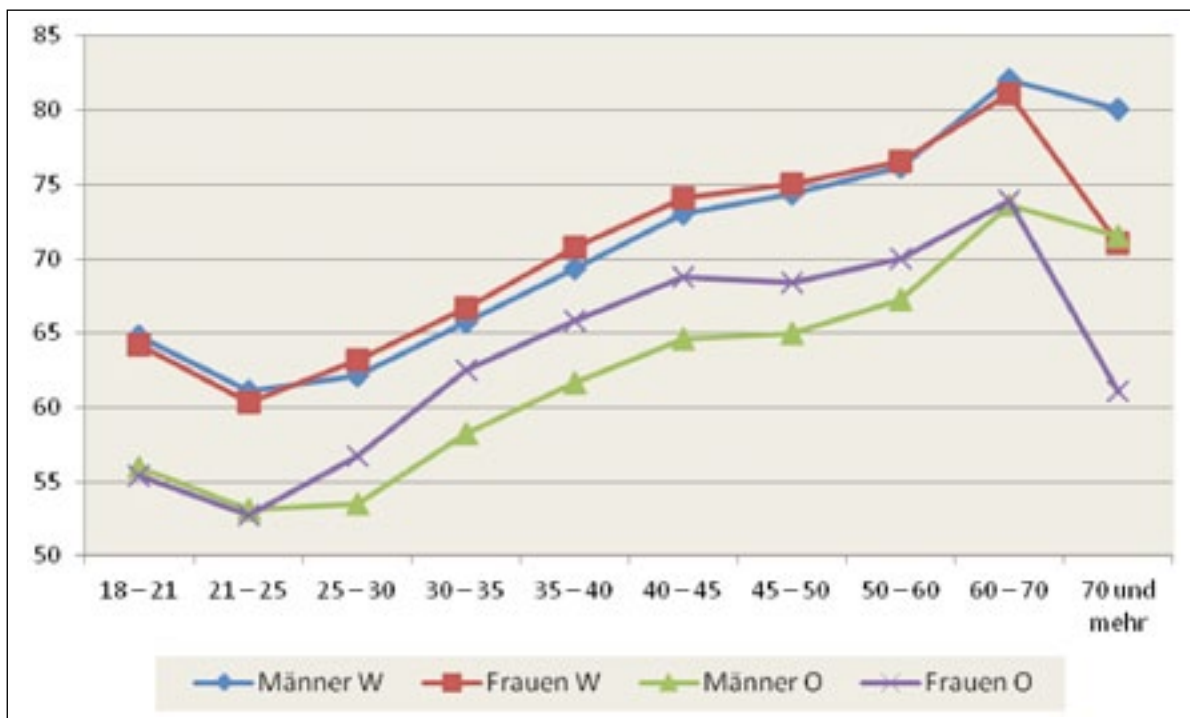
Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis amtlicher Wahlstatistiken. BTW = Bundestagswahlen; LTW = Landtagswahlen; KW = Kommunalwahlen; EP = Wahlen zum Europäischen Parlament

gleich dem bevölkerungsreichsten Bundesland, wird deutlich: Den Bundestagswahlen kommt die eindeutig größte Wertschätzung zu, mit einem Abstand von über 10 Prozentpunkten folgen die Landtagswahlen. Die geringste Relevanz wird den Kommunalwahlen zugemessen, noch darunter rangiert mittlerweile die Wahl zum Europäischen Parlament. In diesen Wertigkeitsmustern spiegeln sich die Wirkungen von mindestens zwei Faktoren: die öffentliche Bedeutungszuschreibung, die etwa in den Aufwendungen für die jeweiligen Wahlkämpfe oder in der medialen Berichterstattung auch in überregionalen Boulevard-Medien zum Ausdruck kommt, und die individuelle Zuschreibung

wicklung fällt erstens zusammen mit der Verabschiedung der Maastrichter Verträge, der Euro-Einführung, der Abschaffung der Grenzkontrollen und anderer Schritte in Richtung einer verstärkten europäischen Integration. Zweitens fällt im Blick zurück die relativ hohe Beteiligung an den Kommunalwahlen bis Mitte der

³ In der Allensbach-Befragung aus der ersten Oktober-Hälfte 2012 nannten auf die Frage, worauf «der Bürger keinerlei Einfluss» hat 14 Prozent «lokales Geschehen», 32 Prozent «Landespolitik», 50 Prozent «Bundespolitik» und 75 Prozent «Entscheidungen auf europäischer Ebene». Auf die Frage «Hat die Politik Einfluss auf die Euro-Krise, oder wird sie eher durch Ereignisse oder Finanzmärkte getrieben?» antworteten 46 Prozent, «Politik kann nur reagieren» und 41 Prozent, «Politik kann Einfluss nehmen» (Köcher 2012). ⁴ Die Kommunalwahl von 1975 fand zeitgleich mit einer Landtagswahl statt, die von 1994 zeitgleich mit Bundestagswahlen.

Abb. 3: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 nach Geschlecht und Altersgruppen in Ost- und Westdeutschland (Angaben in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis amtlicher Wahlstatistiken

1960er Jahre auf, die bis dahin sogar über den Werten bei den Landtagswahlen lag. Interessant wäre zu untersuchen, wie diese Bedeutungsverschiebung zu erklären ist.

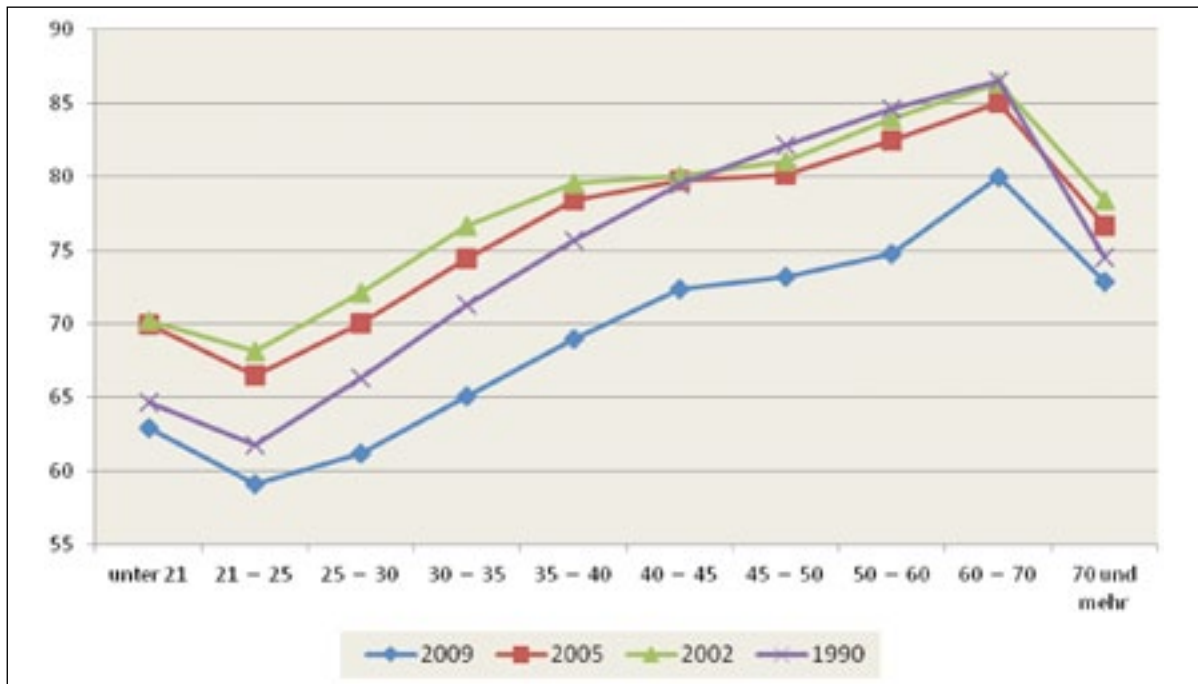
Festzuhalten bleibt außerdem, dass die mit abnehmender Wertschätzung sinkende Wahlbeteiligung mit einer wachsenden sozialstrukturellen Ungleichheit zusammenhängt. Der Rückgang ist etwas ausgeprägter in den sozial schwachen Schichten und Vierteln. Von wahlpolitischen Ausnahmesituationen abgesehen gelingt es dabei Parteien wie der CDU, der FDP und den Grünen am besten, ihr Wählerpotenzial der Bundestagswahl auch bei geringer bewerteten Wahlen auf anderen Ebenen zu mobilisieren. Parteien wie SPD und LINKE gelingt dies deutlich schlechter, so dass der Rückgang ihrer Stimmenzahl regelmäßig stärker ausfällt als der Rückgang der allgemeinen Wahlbeteiligung etwa bei einer Landtagswahl gegenüber der vorherigen Bundestagswahl.

1.4 WAHLENTHALTUNG NACH ALTER UND GESCHLECHT

Analysiert man die Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2009, so erkennt man erhebliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern und Altersgruppen. Bei Frauen unter 70 Jahren war sie in nahezu allen Altersgruppen erkennbar höher als bei den gleichaltrigen Männern. Die Verteilung über die Altersgruppen zeigt für beide Geschlechter eine mit dem Alter zunehmende Wahlbeteiligung, wodurch sich die quantitative Dominanz der älteren Wählerschaft gegenüber der jüngeren noch verstärkt (vgl. Abb. 3).

Ein Vergleich der Wahlbeteiligung verschiedener Altersgruppen bei den Bundestagswahlen ab 1990 zeigt, dass 2009 vor allem in der Altersgruppe zwischen 40 und 60 die Wahlenthaltung deutlich angestiegen ist (vgl. Abb. 4).

Abb. 4: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1990, 2002, 2005 und 2009 nach Altersgruppen (Angaben in Prozent)

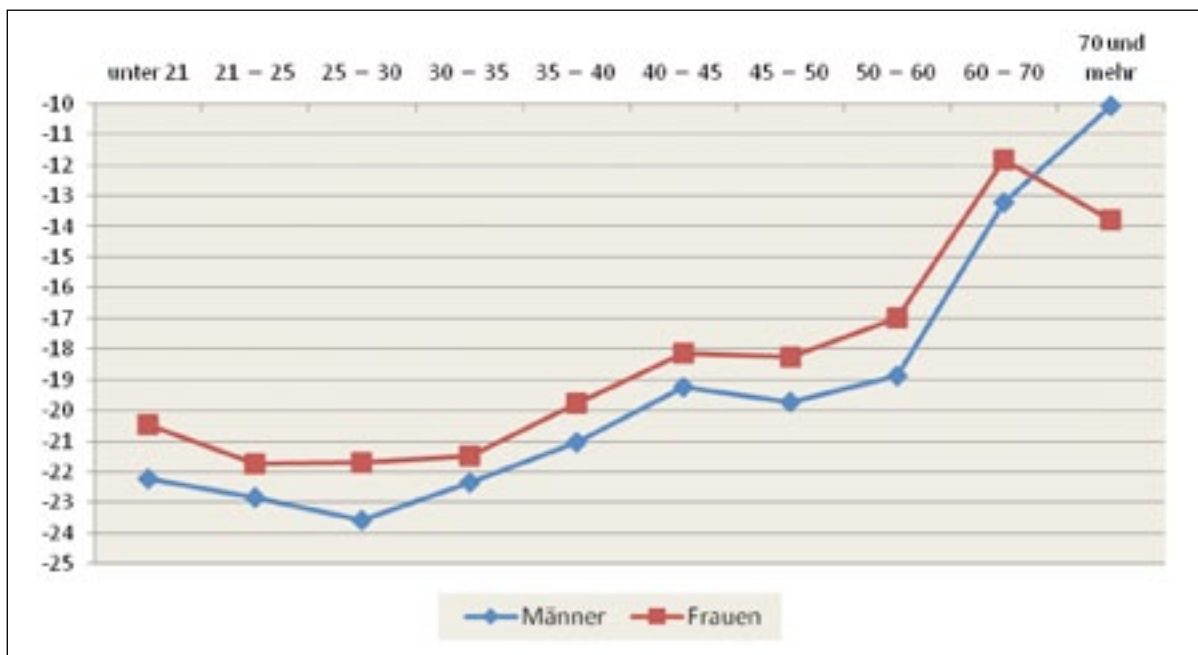


Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis amtlicher Wahlstatistiken

Betrachtet man die letzten 25 Jahre, so ergibt sich der Eindruck, dass die Jahrgänge mit einer hohen Wahlbeteiligung in den 1970er und 1980er Jahren diese im Laufe der Zeit eher aufrechterhalten haben, aber sich bei den nachrückenden Jahrgängen

die Wahlenthaltung immer mehr ausgebreitet hat, und zwar bei Männern stärker als bei Frauen. Abbildung 5 zeigt die Veränderung bei der Wahlbeteiligung in den Altersgruppen in Prozentpunkten zwischen 1983 und 2009.

Abb. 5: Veränderung der Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1983 bis 2009 nach Altersgruppen und Geschlecht (Differenz in Prozentpunkten)



Quelle: Eigene Berechnung auf der Basis amtlicher Wahlstatistiken. Lesebeispiel: Die Wahlbeteiligung von Männern im Alter von 25 bis 30 Jahren ging von 1983 bis 2009 um 23,5 Prozentpunkte zurück.

1.5 SOZIALRÄUMLICHE UND SOZIALE VERTEILUNG DER WAHLENTHALTUNG

Die Wahlbeteiligung liegt in Westdeutschland, wie bereits oben dargestellt, deutlich über derjenigen in Ostdeutschland. In West wie Ost differiert die Wahlbeteiligung nach dem gleichen Muster: Je schlechter die wirtschaftliche und soziale Lage in einem Wahlkreis ist, desto niedriger fällt die Wahlbeteiligung aus. Nach der Bundestagswahl 2009 fasste der Journalist Matthias Dobrinski dieses Phänomen folgendermaßen zusammen:

«Schaut man sich nun die Liste der Wahlkreise nach Wahlbeteiligung an, gibt es durchaus eine Tendenz: Ganz oben, mit einer Beteiligung von fast 80 Prozent, stehen der Main-Taunus-Kreis, der Berliner Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf, München-Land und Hamburg-Nord, reiche, bürgerliche Kreise mit überdurchschnittlich gebildeten Menschen. Unten sinkt die Wahlbeteiligung auf deutlich unter 60 Prozent – dort finden sich fast geschlossen die ostdeutschen Regionen, die sozialen Brennpunkte aus Essen, Gelsenkirchen, Marzahn-Hellersdorf, aber auch so gediegene Kreise wie Deggendorf oder Passau. Der Vertrauensverlust, der Eindruck, von den politischen Prozessen ausgeschlossen zu sein, kann viele Ursachen haben: Hartz-IV-Empfänger haben das Vertrauen verloren, dass die Politik sie fair behandelt, Ostdeutsche misstrauen dem West-System, Niederbayern ihrer angestammten und doch so veränderten CSU» (Dobrinski 2009: 11).

macht große Unterschiede innerhalb eines Wahlkreises erkennbar, die wiederum mit den Faktoren soziale Lage, Einkommen, Bildung, Sozialtransferbezug zusammengehen. So differierte bei der letzten Bundestagswahl die Wahlbeteiligung in der Stadt Köln zwischen 87 Prozent in Vierteln, in denen die Oberschicht dominiert, und 43 Prozent in Vierteln, in denen die Unter- und Arbeiterschicht prägend ist. In Vierteln der unteren Mittelschicht betrug sie 61 Prozent, in solchen der oberen Mittelschicht 81 Prozent (Schäfer 2012).

«Je niedriger die Wahlbeteiligung, desto sozial ungleicher ist sie. Nichtwähler verteilen sich nicht gleichmäßig über alle Schichten. Dies lässt sich einerseits durch den Blick auf die räumliche Verteilung der Wähler und andererseits durch die Auswertung von Umfragen nachweisen. In beiden Fällen zeigt sich: Bei der letzten Bundestagswahl gab es eine starke Spreizung der Wahlbeteiligung: Während Bessergestellte weiterhin mit hoher Wahrscheinlichkeit wählen, bleiben viele Arme zu Hause» (Schäfer 2011: 139).

In seiner Auswertung der Landtagswahl von 2012 ordnete das statistische Amt der Stadt Köln die Wahlberechtigten drei verschiedenen Milieugruppen zu und versuchte diese zu quantifizieren. Demnach gehört der größte Anteil der «gesellschaftlichen Mitte» an, gefolgt vom «bürgerlichen Milieu» und dem «sozial schwächeren Milieu» (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Verteilung der Wahlberechtigten in Köln auf Milieugruppen

Durchschnitt Köln	Äquivalenzeinkommen: 1.580 Euro; Berufsausbildung: 2,3 Jahre; Bildungsjahre: 14
Bürgerliches Milieu	überdurchschnittliches Einkommen, hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau und eher moderner Lebensentwurf auf der Achse konservativ/modern Äquivalenzeinkommen: 2.340 Euro; Berufsausbildung: 3,8 Jahre; Bildungsjahre: 18 329.000 Personen oder 32 Prozent der Bevölkerung Kölns; ca. 229.000 Wahlberechtigte
Gesellschaftliche Mitte	leicht unterdurchschnittliches Einkommen, mittleres Bildungs- und Ausbildungsniveau und teils moderner, teils traditioneller Lebensentwurf Äquivalenzeinkommen: 1.360 Euro; Berufsausbildung: 1,6 Jahre; Bildungsjahre: 13 483.000 Personen oder 47 Prozent der Bevölkerung Kölns; ca. 336.300 Wahlberechtigte
Sozial schwächeres Milieu	geringes Einkommen, geringes Bildungs- und Ausbildungsniveau und eher traditioneller/konservativer Lebensentwurf Äquivalenzeinkommen: 940 Euro; Berufsausbildung: 1,4 Jahre; Bildungsjahre: 11 216.000 Personen oder 21 Prozent der Bevölkerung Kölns; ca. 150.300 Wahlberechtigte

Quelle: Eigene Darstellung nach Stadt Köln 2012: 24

Die letzte Bemerkung über die CSU hätte 20 Jahre zuvor für sozialdemokratische Hochburgen in westdeutschen Großstädten gegolten, zwischenzeitlich ereilte diese Entwicklung, das Wegbrechen angestammter Milieus, in manchen Regionen auch die CDU.

Die sozialräumliche Ausdifferenzierung wird durch den Zuschnitt der Wahlkreise noch unterstrichen. Ein Auswertung auf der Ebene von Stimmbezirken

Während 2012 bei der Landtagswahl in den Kölner Wählerhochburgen der Anteil der Wahlberechtigten aus dem sozial bessergestellten bürgerlichen Milieu mehr als doppelt so hoch lag (46 % zu 19 %), war in den Nichtwählerhochburgen der Anteil aus dem sozial schwächeren Milieu fast dreimal so hoch wie in den Gebieten mit einer hohen Wahlbeteiligung (31 % zu 12 %) (Stadt Köln 2012: 40 f.).

Die sozialräumliche Auswertung der Wahlbeteiligung in Köln unterstreicht: «Dort, wo die sozioökonomischen Verhältnisse ungünstig sind, wo die Arbeitslosigkeit und der Anteil der SGB-II-Empfänger überdurchschnittlich hoch sind, ist die Wahlbeteiligung grundsätzlich niedrig» (ebd.: 40 ff.). In «sozial eher schwachen» Gebieten habe die Wahlenthaltung teilweise bei 70 Prozent gelegen, Tendenz über die Jahre steigend. In den «gehobenen, gutsituierten Vierteln» betrage sie nur um die 20 Prozent und bleibe stabil. Betrachte man den Indikator «Haushaltseinkommen und ihre Mischung», so sei festzuhalten: In den Nichtwählerhochburgen hat nur jeder 15. Haushalt (7 %) ein monatliches Nettohaushaltseinkommen von 4.000 Euro und mehr, in Wählerhochburgen dagegen 25 Prozent. In den Wählerhochburgen beträgt der Anteil der SGB-II-Beziehenden 2 Prozent, in Nichtwählerhochburgen dagegen 13 Prozent. Die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage als schlecht mache in Nichtwählerhochburgen 18 Prozent gegenüber 8 Prozent in Wählerhochburgen aus; der Akademikeranteil in Wohnvierteln betrage 17 zu 40 Prozent, der Anteil der Volks- und Hauptschulabgänger 30 vs. 11 Prozent, die Quote der Alleinerziehenden 37 zu 20 Prozent (ebd.).

Das Fazit der Kölner Statistiker lautet: «Vor dem Hintergrund, dass in sozial schwachen Stadtgebieten eine Bevölkerung lebt, die schon allein aufgrund ihrer Bildungsferne weniger Bezug zur Politik hat, darf es nicht verwundern, dass sich vor dem Hintergrund der sich verfestigenden nachteiligeren Umfeldbedingungen zusätzlich auch Enttäuschung über die Politik und ihre Vertreter vorherrscht. Diese Enttäuschung führt zum Rückgang des ehemals unter Umständen vorhandenen Interesses an der Politik und mündet, wie

zwischen Haushalten mit einem Nettoeinkommen von über 3.000 Euro und Haushalten mit einem Nettoeinkommen von unter 1.000 Euro fast 20 Prozentpunkte; beim Indikator Bildung (mindestens Fachhochschulreife vs. Hauptschulabschluss) sind es in etwa 15 Prozentpunkte und beim Indikator Schichtzugehörigkeit (obere Mittel- und Oberschicht vs. Unter- bzw. Arbeiterschicht) 10 Prozentpunkte. Während sich diese Unterschiede in den 1980er Jahren nur sehr schwach entwickelten, nahmen sie seit Beginn der 1990er Jahre stark zu. Einzig das Wahljahr 1998 bildete eine Ausnahme, da sich an der damaligen Bundestagswahl, die zu einer Komplettabwahl der vorherigen Bundesregierung führte, erstmals wieder mehr Personen beteiligten, die der Unter- bzw. Arbeiterschicht zuzurechnen sind (Schäfer 2011b: 143). Die grundsätzliche Tendenz einer «asymmetrischen Demobilisierung» wurde hiermit jedoch nicht gestoppt. Sie fällt bei Wahlen von «geringerer Wertigkeit» als einer Bundestagswahl noch stärker ins Gewicht, so dass Wähler aus dem sozialen «Mitte-Oben-Spektrum» inzwischen eine strukturelle Mehrheit bei Kommunal- und Europawahlen, aber auch bei Landtagswahlen bilden.

Augenfällig wird diese Asymmetrie, wenn man, wie Armin Schäfer es für Köln getan hat (Schäfer 2012), einen Vergleich auf der Basis von je 1.000 Wahlberechtigten anstellt (vgl. Tab. 2). Schäfer bildete dafür Gruppen von Stadtvierteln, abgegrenzt nach Einkommen und dominierender Schicht. Dargestellt sind in Tabelle 2 auch die Stimmenanteile für DIE LINKE und die absolute Stimmenzahl. Deutlich wird, dass einerseits in den «Oberschichtsvierteln» nahezu doppelt so viele Wahlberechtigte teilnehmen und ein hoher Stimmenanteil eine Stärke vortäuschen kann, die durch die absolute Stimmenzahl nicht gedeckt ist.

Tab. 2: Wahlbeteiligung und Stimmen für DIE LINKE in Köln bei der Bundestagswahl 2009 nach sozialer Lage in den Stimmbezirken (je 1.000 Wahlberechtigte)

Viertel mit Dominanz von Angehörigen der	Unterschicht	Unteren Mittelschicht	Oberen Mittelschicht	Oberschicht
Wähler (abs.)	433	607	802	870
Anteil LINKE-Stimmen	19,1 %	13,3 %	7,1 %	0,9 %
= absolute Stimmen	83	81	57	8

Quelle: Schäfer 2012

die Persistenz von hohen Nichtwähleranteilen für viele zurückliegende Wahlen belegt, nicht in kurzfristige protestbedingte Wahlenthaltung, sondern in den dauerhaften Verzicht auf politische Teilhabe» (ebd.: 41).

Langzeitreihen für die Indikatoren Einkommen, Bildung und Schichtzugehörigkeit bestätigen für die Bundesrepublik (West) insgesamt diese Zusammenhänge. So lagen 1980 alle sozialen Gruppen bei der in Umfragen bekundeten Bereitschaft zur Wahlteilnahme noch etwa gleichauf. Seitdem sank diese zwar in allen Einkommensgruppen, aber mit merklichen Unterschieden. So beträgt die Differenz bei der Wahlbereitschaft

1.6 WAHLENTHALTUNG ALS PROBLEM DEMOKRATISCHER REPRÄSENTATION UND LEGITIMATION

Vor dem Hintergrund dieser Untersuchungen, die eine soziale Schieflage in der Entwicklung der Wahlbeteiligung festgestellt haben – eine Schieflage, die Tendenzen zu einem Klassenverhalten aufweist –, bekommt die Frage nach der Repräsentativität und Legitimationsbasis des parlamentarischen Systems eine neue Schärfe. Wahlenthaltung kann nicht mehr länger als eine über alle soziale Gruppen und Parteipräferenzen hinweg gleichmäßig verteilte (Un-)Zufriedenheit, Gleich-

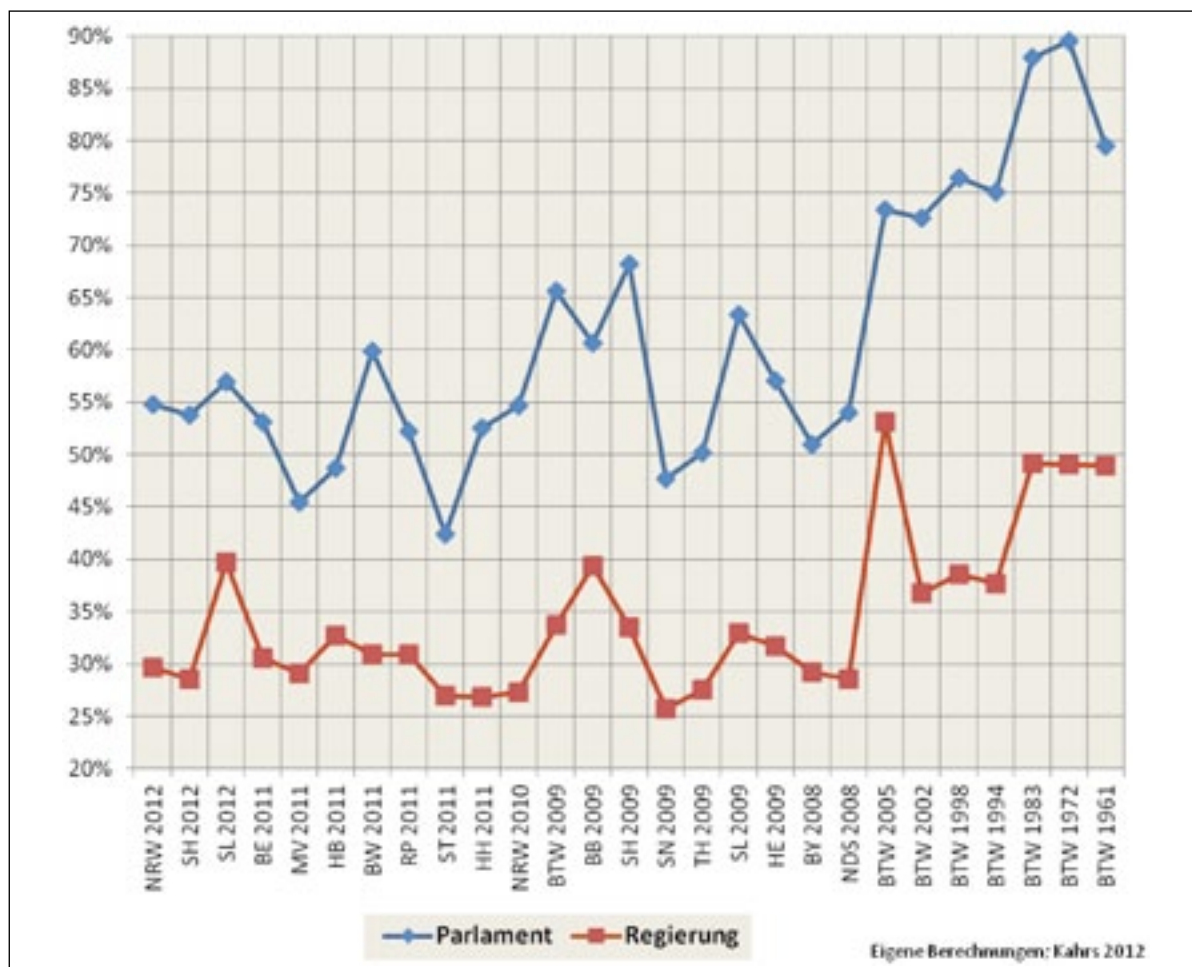
gültigkeit und Politikferne begriffen werden. Vielmehr drückt sich in der Entwicklung eine unterschiedliche Sichtweise darauf aus, wie man selbst das politische System beeinflussen könnte, wie die Parteien auf die eigene Lebenslage und die eigenen sozialen Erwartungen Bezug nehmen und welche Rolle ihnen dabei zugewiesen wird.

Fragt man danach, inwieweit sich die Bevölkerung in Deutschland von den parlamentarischen Parteien überhaupt angemessen vertreten fühlt, so stößt man in den letzten Jahrzehnten auf einen drastischen «Vertrauens- und Repräsentationsverlust»: Repräsentierten 1972 die im Parlament vertretenen Parteien noch knapp 90 Prozent aller Wahlberechtigten, waren es im Jahr 2009 bei der Bundestagswahl nur noch 66 Prozent. Darüber hinaus hat ein Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung seine Stimme gar nicht mehr für eine der im Bundestag vertretenen Parteien abgegeben. Repräsentierten bis in die 1980er Jahre hinein die regierenden Parteien im Bund noch knapp die Hälfte der Wahlberechtigten, so ist dieser Anteil auf ein gutes Drittel für die aktuelle Bundesregierung gesunken.

In den Landesparlamenten fällt dieses Verhältnis noch schlechter aus: Hier geht die Tendenz dahin, dass etwa nur noch die Hälfte aller Wahlberechtigten parlamentarisch repräsentiert sind. Viele Landesregierungen repräsentieren nicht einmal mehr 30 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung (vgl. Abb. 6).

Dieser drastische Verlust von Repräsentativität ist geeignet, die Ferne großer Teile der Bevölkerung zur parlamentarischen Politik noch weiter zu befördern, zumal sich unter den gewählten Abgeordneten immer mehr professionelle Politikertypen und immer weniger Personen befinden, die als authentische Vertreter von großen gesellschaftlichen und sozialen Gruppen gelten können oder als solche wahrgenommen werden; ein Problem, das durch die Medialisierung des politischen Geschehens noch weiter verschärft wird (vgl. hierzu aus linker Perspektive Kahrs 2011). Berücksichtigt man ferner, dass die Wahleuthaltung in jüngeren Altersgruppen besonders ausgeprägt ist, so ergibt sich auch unter dem Generationenaspekt eine potenzielle Repräsentationslücke, in die neue Parteien wie die Piratenpartei hineinstoßen können.

Abb. 6: Anteil der im Parlament und durch die Regierung repräsentierten Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen 1961, 1972, 1983, 1994–2009 und bei den Landtagswahlen seit 2008 (Angaben in Prozent der jeweils Wahlberechtigten)



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis amtlicher Wahlstatistiken

2 TYPISIERUNG DER WAHLENTHALTUNG

2.1 WAHLENTHALTUNG VON WAHLBERECHTIGTEN PERSONEN

Bei der Typisierung des Phänomens der individuellen Entscheidung für Wahlenthaltung bzw. gegen eine Wahlbeteiligung (vgl. Kapitel 1.2) werden in der Literatur oftmals Abgrenzungen nach (vermuteten) Motiven und Ursachen vorgenommen. An dieser Stelle sollen die vorliegenden empirischen Befunde zur Wahlenthaltung zunächst hinsichtlich der Kriterien der Nähe oder Ferne zu Wahlsystem, Politik und Parteien und hinsichtlich der Häufigkeit der Wahlenthaltung unterteilt werden. Ausgehend von der vorläufigen Klassifizierung (vgl. hierzu Kap. 1.2) lassen sich unter Ausschluss aller nicht wahlberechtigten Personen unterschiedliche Typen bestimmen:

- Dauerhafte Nichtwähler⁵ mit hohen strukturellen Hürden für eine Wahlbeteiligung und großer Gleichgültigkeit gegenüber Politik und Parteien.
- Dauerhaft Wahlabstinenten mit ausgeprägter Gleichgültigkeit gegenüber Politik und Parteien («gehe grundsätzlich nicht wählen»).
- Wiederholte Wahlenthalter an der Grenze zum Dauernichtwähler: sehr geringes Interesse an Politik und Parteien, keine Parteibindung mehr vorhanden, kaum noch Vertrauen, mit der eigenen Stimme etwas bewirken zu können oder zu «zählen».
- Zufällige Wahlenthalter: geringes Interesse an Politik und Parteien, kaum Parteibindung, die am Wahltag «Wichtigeres» zu tun haben.
- Erst- und Zweitwähler: Interesse an Politik und Parteien noch vorhanden, ebenfalls noch hohe Parteibindung möglich («wähle meine Partei oder keine»), aber wachsende Politikferne.
- Souveräne (taktische) Wahlenthalter: Interesse an Politik und Parteien vorhanden, taktische Entscheidung unter Abwägung, ob es hinsichtlich des erwarteten Wahlausgangs noch auf die eigene Stimme ankommen könnte.
- Beteiligung an Wahlen nach Einschätzung ihrer «Wertigkeit»: (regelmäßige) Wahlenthaltung bei Kommunal- und Landtagswahlen und Beteiligung an den Bundestagswahlen.⁶

Über diese Typisierung entlang der Nähe oder Ferne zu Politik, Wahlen und Parteien wären gemäß der weiter oben präsentierten empirischen Befunde als weitere Kriterien zu legen: soziale Lage, Wohnort (Stadtviertel, Ost/West) und Alter. Gerade bei jüngeren Wahlberechtigten könnte angenommen werden, dass ihrer Wahlenthaltung weniger eine Politik- oder Parteiverdrossenheit als Ergebnis von enttäuschten Erwartungen zugrunde liegt. Die im Zeitverlauf für die jeweils jüngeren Altersgruppen festzustellende steigende Wahlbeteiligung zeigt, dass ein «Hineinwachsen» in den Wahlprozess durchaus möglich ist und von Parteien auch ausdrücklich unterstützt werden kann. Es zeigt sich aber auch, wie sich Wahlabstinenten über die Jahre hinweg generationell verfestigen kann.

Grundsätzlich gilt die Erkenntnis der Wahlforschung, dass nach mehrmaliger Wahlabstinenten (nach vorheriger Wahlbeteiligung) eine erneute Mobilisierung im Rahmen von Wahlkämpfen kaum noch wahrscheinlich ist. Die vorausgegangene Enttäuschung und die erwartete Einflusslosigkeit der eigenen Stimme haben sich wechselseitig verstärkt und verfestigt. Im folgenden Kapitel geht es auf der Basis dieser Typologie um zwei Fragen: Wie hoch ist der Anteil der Dauernichtwähler einzuschätzen, also derjenigen, die sich absehbar grundsätzlich nicht an Wahlen beteiligen werden? Und wie setzt sich die Gruppe der «wechselbereiten Wahlenthalter» zusammen, also derjenigen, die noch bereit sind, die Wahl einer Partei in Erwägung zu ziehen?

2.2 DAUERNICHTWÄHLER UND WECHSELBEREITE WAHLENTHALTER

Die empirische Wahlforschung liefert keine «harten» quantitativen Daten zur Gruppe der dauerhaften Nichtwähler, also derjenigen Wahlberechtigten, die grundsätzlich nicht wählen gehen. So wird bei repräsentativen Befragungen nach der Wahlbeteiligung regelmäßig ein *overreporting* beobachtet, das heißt, mehr Menschen behaupten, gewählt zu haben, als dies tatsächlich der Fall ist. So auch bei einer Umfrage von Infratest dimap eine Woche nach der letzten Bundestagswahl: Hier lag der Anteil derjenigen, die angaben, nicht gewählt zu haben, niedriger als der reale Anteil der Wahlenthalter (Infratest dimap 2009). Als Erklärung bietet sich einerseits der bereits erwähnte *overreporting*-Effekt an, wonach ein Teil der Befragten die eigene Wahlenthaltung verschweigt, weil Wahlbeteiligung als sozial erwünschtes Verhalten gilt. Andererseits ist davon auszugehen, dass Wahlenthalter mit Umfragen grundsätzlich nur schwer zu erreichen sind, gerade weil ihr Aktivitätsniveau und politisches Interesse sehr gering ist und/oder sie eine Beteiligung an der Befragung ablehnen (Steinbrecher/Rattinger 2011: 84).⁷

Interessant ist jedoch, dass bei den erfassten Nichtwählern etwa die Hälfte bei Nachfrage angab, dass es ihnen gleich klar gewesen sei, dass sie nicht wählen gehen würden, also eine Abwägung zwischen Wahlbeteiligung und Wahlenthaltung zu keinem Zeitpunkt stattgefunden hat. Bei gut 18 Millionen Wahlenthaltern

⁵ Steinbrecher/Rattinger (2011: 87) sprechen von Dauer(nicht)wählern bereits nach zweimaliger aufeinanderfolgender (Nicht-)Teilnahme an einer Wahl. Sofern damit zwei Wahlen wie die Bundestagswahlen 2005 und 2009 verglichen werden sollen, ist diese Unterscheidung sicherlich hinreichend; dies gilt allerdings nicht mehr, wenn die längerfristige Entwicklung und eine wachsende Verfestigung im Nichtwahlverhalten zu untersuchen sind. ⁶ Zu dieser Gruppe gibt es so gut wie keine belastbaren empirischen Befunde. Sie stellen bei Wahlen von «niedrigerer Wertigkeit» – Landtagswahlen, Kommunal- und Europawahlen – eine interessante, weil dem Grunde nach noch wahlbereite, also leichter mobilisierbare Gruppe von Wahlberechtigten dar. ⁷ Vgl. Steinbrecher/Rattinger 2011 auch zu weiteren Gründen bezüglich Vorwahlumfragen. Auch eine Nachwahlstudie der GLES von 2009 hatte einen um 12 Prozent erhöhten Wähleranteil (vgl. Neu 2012: 17).

Tab. 3: Zeitpunkt der Entscheidung für Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2009

Zeitpunkt der Entscheidung	Wahlberechtigte (in absoluten Zahlen)	Wahlberechtigte (in Prozent)
«gehe grundsätzlich nicht wählen»	6,2 Mio.	10
«vor längerer Zeit»	2,7 Mio.	5
«in den letzten Wochen vor der Wahl»	2,6 Mio.	5
«in den letzten Tagen vor der Wahl» «am Wahltag»	6,2 Mio.	10

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Infratest dimap, Deutschland-Trend Oktober 2009

Tab. 4: Wahlverhalten vorheriger Nichtwähler bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009

	Von den Nichtwählern von 2002 wählten 2005		Von den Nichtwählern von 2005 wählten 2009	
	abs.	rel.	abs.	rel.
erneut nicht	9.310.000	72 %	12.110.000	81 %
Union	800.000	6 %	960.000	6 %
SPD	1.410.000	11 %	560.000	4 %
FDP	300.000	2 %	480.000	3 %
Grüne	220.000	2 %	290.000	2 %
Linke	530.000	4 %	430.000	3 %
Andere	280.000	2 %	30.000	>1 %
Summe	12.850.000	100 %	14.860.000	100 %

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Wählerstromkonten von Infratest dimap für die Bundestagswahlen 2005 und 2009 (Abweichungen in der Summe durch Rundungsdifferenzen)

2009 wären dies knapp 15 Prozent aller Wahlberechtigten. Zwei Drittel der Befragten dieser Gruppe gaben wiederum an, dass sie «grundsätzlich nicht wählen gehen». Damit läge der harte Kern der Nichtwählerschaft, der Anteil der Dauernichtwähler, also mindestens bei gut 10 Prozent der Wahlberechtigten, in der Tendenz bereits eher 15 Prozent. Hinsichtlich der Frage, wann die Entscheidung zur Wahlabstinenz fällt, ergab die Befragung, dass ein Drittel der Nichtwähler grundsätzlich nicht wählen gehe, bei einem Sechstel die Entscheidung zum Wahlverzicht lange vor der Wahl erfolge, bei einem weiteren Sechstel in den letzten Wochen vor der Wahl und bei einem Drittel in den letzten Tagen vor der Wahl oder erst am Wahltag (vgl. Tab. 3).

Ende 2011 ermittelte Infratest dimap unter den «bekennenden Nichtwählern» aus dem Jahr 2009 einen Anteil von 44 Prozent, der angab, bei den nächsten Bundestagswahlen erneut nicht wählen zu wollen. Weitere 21 Prozent behaupteten, ungültig wählen zu wollen oder noch unentschieden zu sein, während etwa ein Drittel erklärte, wieder eine Partei wählen zu wollen (Neu 2012: 29).⁸ Bei der zeitgleich gestellten «Sonntagsfrage», mit der Infratest dimap seit 1997 im Auftrag der ARD zwischen den Wahlen die aktuelle politische Stimmung in Deutschland ermittelt, antworteten 11 Prozent, sie würden nicht wählen gehen, und 13 Prozent, sie seien noch unentschieden. 5 Prozent machten keinerlei Angabe oder behaupteten, sie würden ungültig wählen. Von denjenigen, die angaben, im Jahr 2005 nicht gewählt zu haben, erklärten 41 Pro-

zent, auch 2009 nicht gewählt zu haben. Insgesamt konnten 58 Prozent keine konkreten Angaben zur Parteiwahl 2009 machen (ebd.: 30). Das entspricht 6 bis 8 Millionen «wiederholenden Nichtwählern». Dass ein Teil der aktuellen Wahlabstinenten wieder zu Wählern wird bzw. werden kann, ist aus den Wanderungsbilanzen (des sogenannten Wählerstromkonten) bekannt. Für die Bundestagswahlen 2005 und 2009 weisen die Wählerstromkonten von Infratest dimap deren Anteil mit knapp 30 bzw. knapp 20 Prozent aus (vgl. Tab. 4).

Unter den Nichtwählern von 2009 befand sich ein erheblicher Anteil, der sich bereits bei der Bundestagswahl 2002 enthalten hatte. Der oben ermittelte Anteil der Dauernichtwähler dürfte auf der Basis dieser Zahlen deutlich näher an 15 als an 10 Prozent aller Wahlberechtigten liegen. Er könnte zudem auf der Grundlage von über 18 Millionen Nichtwählern im Jahr 2009 bei der kommenden Bundestagswahl weiter auf 20 Prozent ansteigen. Allerdings ist zu bedenken, dass der relativ niedrige Anteil der «wieder wählenden Nichtwähler» sowohl 2005 als auch 2009 damit zusammenhängen mag, dass diese Jahre von einer weiteren politischen Demobilisierung geprägt waren. Die ausgeprägte Enttäuschung über die mitregieren-

⁸ Befragt wurden im November und Dezember 2011 Wahlberechtigte, die bei Infratest dimap jeweils kurz nach den Bundestagswahlen 2005 und 2009 angegeben hatten, sich an der Wahl nicht beteiligt zu haben. Gemessen an den Wahlabsichten der Bevölkerung insgesamt (Sonntagsfrage) schnitten unter den wahlbereiten ehemaligen Nichtwählern Union und FDP deutlich unterdurchschnittlich, LINKE, Grüne und Piraten dagegen überdurchschnittlich ab (Neu 2012: 29).

Tab. 5: Austausch der Parteien mit dem «Lager der Wahleuthaltung» bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009

	2005			2009		
	Ehemalige	Neue	Gesamt- austausch	Ehemalige	Neue	Gesamt- austausch
	Nichtwähler			Nichtwähler		
Union	800.000	1.440.000	2.240.000	960.000	2.040.000	3.000.000
SPD	1.410.000	1.780.000	3.190.000	560.000	2.600.000	3.160.000
FDP	300.000	420.000	720.000	480.000	550.000	1.030.000
Grüne	220.000	290.000	510.000	290.000	320.000	610.000
Linke	530.000	100.000	630.000	430.000	730.000	1.160.000
Andere	280.000	230.000	510.000	30.000	350.000	380.000
Summe	3.540.000	4.260.000	7.800.000	2.750.000	6.590.000	9.340.000
Verteilung						
Union	23 %	34 %	29 %	35 %	31 %	32 %
SPD	40 %	42 %	41 %	20 %	39 %	34 %
FDP	8 %	10 %	9 %	17 %	8 %	11 %
Grüne	6 %	7 %	7 %	11 %	5 %	7 %
Linke	15 %	2 %	8 %	16 %	11 %	12 %
Andere	8 %	5 %	7 %	1 %	5 %	4 %
Summe	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Wählerstromkonten von Infratest dimap für die Bundestagswahlen 2005 und 2009. Rundungsdifferenzen möglich.

Lesebeispiel: 2009 wählten 960.000 ehemalige Nichtwähler eine der beiden Unionsparteien, gleichzeitig wurden 2.040.000 Unionswähler von 2005 zu Nichtwählern 2009. Das waren 31 Prozent aller neuen Nichtwähler von 2009. Der Anteil der ehemaligen Nichtwähler, die die Unionsparteien wählten, betrug 35 Prozent aller ehemaligen Nichtwähler, die 2009 zu Parteiwählern wurden.

de Sozialdemokratie, eine fehlende Wechselstimmung in Verbindung mit einer Richtungsentscheidung schufen kaum Anreize für Nichtwähler des Jahres 2005, an der Wahl 2009 wieder teilzunehmen, im Gegenteil verstärkte sich die Wahleuthaltung deutlich. Der in Tabelle 4 dargestellte Abwanderung von den Nichtwählern zu den Wählern stand eine weitaus größere Wanderungsbewegung von den Wählern zu den Nichtwählern gegenüber.⁹ Die Chancen, in einem anderen Wahlkampf-klima Nichtwähler an die Wahlurnen zurückzuholen, schwinden allerdings nach einer Wahleuthaltung in zwei aufeinanderfolgenden Wahlen deutlich.

Die Beteiligung an einer Wahl setzt zwei Entscheidungen voraus: sich beteiligen zu wollen und eine Entscheidung zwischen konkurrierenden Parteiangeboten treffen zu können und zu wollen. Wer sich an einer Bundestagswahl beteiligt, muss sich für eine Partei entscheiden. Wer vom Nichtwähler zum Wähler wird, muss sich für eine Partei entscheiden und wird zum Parteiwähler.¹⁰ Daher wird in der folgenden Betrachtung der Parteipräferenzen von neuen und ehemaligen Nichtwählern zwischen Nichtwählern und Parteiwählern unterschieden.

Bei den beiden vergangenen Bundestagswahlen lag die Zuwanderung zu den Nichtwählern (neue Nichtwähler) über der Abwanderung von den Nicht- zu den Parteiwählern (ehemalige Nichtwähler) (vgl. Tab. 5). Der Wechsel zwischen Nicht- und Parteiwählern umfasste 2009 rund 15 Prozent der Wahlberechtigten und knapp 20 Prozent der Wahlbereiten (Wahlberechtigte abzüglich bekennder Nichtwähler).

Betrachtet man die Wahlentscheidungen der ehemaligen Nichtwähler 2005 und 2009 auf der Basis dieser Wählerstromkonten,¹¹ so gelang es den Parteien DIE LINKE und SPD im Jahr 2005 weit besser als der Konkurrenz, Nichtwähler zu mobilisieren. Ihr Stimmenanteil unter den mobilisierten Nichtwählern lag deutlich über ihrem Durchschnittsergebnis. Bei der Bundestagswahl 2009 war neben der LINKEN die FDP in dieser Hinsicht besonders erfolgreich. Für DIE LINKE gilt allerdings, dass sie 2009 mehr Stimmen an das Lager der Nichtwähler verloren als von dort gewonnen hat, wobei die saldierten Verluste an die Nichtwähler in den ostdeutschen Ländern zu verzeichnen waren.

Der gesamte Austausch zwischen Nicht- und Parteiwählern ist in der Regel um ein Vielfaches größer als die saldierte Zu- oder Abnahme der Gruppe der Nichtwähler (vgl. Tab. 5 jeweils rechte Spalte für 2005 und 2009). Im Jahr 2005 kamen zu den knapp 700.000 zusätzlichen Nichtwählern 7,8 Millionen Personen, die zwischen Partei- und Nichtwahl gewechselt hatten. Im Jahr 2009, das sich durch eine massiv angestiegene Wahleuthaltung auszeichnete, kamen auf 3,8 Millionen zusätzliche Nichtwähler noch 9,3 Millionen Personen, die gewechselt hatten.

⁹ Würde hingegen der Wechsel von den Nichtwählern zu den Wählern größer sein als der Wechsel in die umgekehrte Richtung, könnte man von einem Wahlkampf der politischen Mobilisierung sprechen. ¹⁰ Der Anteil von Nichtwählern, die sich an einer Wahl beteiligen, um bewusst ungütig zu stimmen, weil sie sich nicht entscheiden können und wollen, dürfte verschwindend gering ausfallen. ¹¹ Von den Nichtwählern im Jahr 2005, die angaben, bei der Bundestagswahl 2009 für eine Partei gestimmt zu haben, erklärten in der Umfrage für die Konrad-Adenauer-Stiftung jeweils 33 Prozent, Union oder SPD gewählt zu haben, 13 Prozent die Grünen, 8 Prozent die FDP und 7 Prozent DIE LINKE (Neu 2012: 31).

Ein niedriger Saldo zwischen Partei- und Nichtwählern signalisiert nicht zwingend einen geringen Austausch. Es können sich auch große Zu- und Abwanderungen nahezu ausgleichen. Insofern ist nicht die Abwanderung zu den Nichtwählern für sich allein von Bedeutung, sondern diese zeigt sich meist erst in der Zusammenschau mit der Zuwanderung. Dabei ist es leichter, eine Abwanderung von bisherigen Parteiwählern zu verhindern, als eine Zuwanderung aus der Nichtwählerschaft herbeizuführen. Einseitige Wanderungen von Partei- zu Nichtwählern sind für eine Partei besonders dramatisch. Sie stehen für das Wegbrechen bestimmter Wählerschichten und/oder dafür, dass es einer Partei nicht (länger) gelingt, politisch heimatlos gewordene Wähler anzuziehen und zu binden. Ein solches Phänomen war für die SPD 2005, vor allem aber 2009 zu beobachten. Personen, die mit ihrer Stimme von der SPD zur LINKEN gewechselt waren, konnten von dieser wiederum bei den jüngsten Landtagswahlen im Saarland und in Schleswig-Holstein nicht an einer «Weiterwanderung» zur Wahlabstinenz gehindert werden.

Die hier beschriebenen Wählerwanderungen widerlegen eindrucksvoll die Vorstellung von einer politisch homogenen Nichtwählerschaft, einer «Partei der Nichtwähler». In einer Umfrage für die Konrad-Adenauer-Stiftung bezeichneten sich im Jahr 2009 38 Prozent der befragten Wahlenthalter als «Nichtwähler» (2005: 32 %) und 32 Prozent als «Wechselwähler» (2005: 40 %), das heißt, sie gaben an, bereits einmal oder mehrmals gewählt zu haben, aber nicht immer dieselbe Partei. 28 Prozent (2005: 27 %) der Nichtwähler sahen sich selbst als Stammwähler einer Partei und gaben an, bei einer Wahlteilnahme immer dieselbe Partei gewählt zu haben bzw. wählen zu wollen. In derselben Umfrage antworteten auf die Frage «Neigen Sie – alles in allem – einer bestimmten Partei eher zu als den anderen Parteien?» 43 Prozent aller Nichtwähler mit Ja (2005: 41 %) und 56 Prozent mit Nein (2005: 58 %). Bei den Nichtwählern mit Parteipräferenz lagen Union und SPD in beiden Jahren mit jeweils gut 30 Prozent gleich-

auf, dann folgten die Grünen mit etwa 15 Prozent, DIE LINKE mit 4 Prozent und die FDP mit 3 Prozent. Die unterdurchschnittlichen Werte für DIE LINKE und FDP können auch als Hinweis auf eine weitgehende Ausschöpfung ihres Wählerpotenzials in der Gruppe der «parteiaffinen Nichtwähler» gewertet werden (Neu 2012: 32 ff.).

Festzuhalten ist weiterhin, dass Nichtwähler weniger als Wähler zwischen verschiedenen Parteien abzuwägen scheinen, sondern eher nach dem Motto handeln: «Meine oder gar keine Partei.» Vice versa gilt aber auch: Die Gruppe der parteiungebundenen Wahlberechtigten ist unter dem wahlabstinenten Teil der Bevölkerung bedeutend größer als unter dem Teil, der sich regelmäßig an Wahlen beteiligt. Schätzte die Forschungsgruppe Wahlen den Anteil der parteiungebundenen Wähler 1976 noch auf 15 Prozent, so lag er 2009 bei 37 Prozent (ebd.). Rechnet man Wechselwähler und Nichtwähler zusammen, so liegt er hier bei knapp 60 Prozent. Parteiferne ist zwar keine hinreichende, aber eine wichtige Voraussetzung für Politikferne. Parteibindung wiederum ist nichts, was in Wahlkämpfen einfach hergestellt werden kann.

Im Ergebnis kann eine grobe Schätzung festgehalten werden, wonach weit über die Hälfte derjenigen, die sich nicht an der Bundestagswahl 2009 beteiligt haben, als grundsätzliche Dauernichtwähler anzusehen sind. Der verbleibende Anteil, der gut 10 Prozent der Wahlberechtigten ausmacht, wäre bei einer entsprechenden politischen Zuspitzung der Wahlentscheidung (etwa ausgeprägte Wechselstimmung, breite Abwahlbewegung gegen eine Regierung, zugespitzte Richtungsentscheidung) und angemessenen Bemühungen von Parteien und Medien für eine Wahlbeteiligung zu gewinnen. Mehr als die Hälfte der so Erreichbaren scheint parteipolitisch aber festgelegt zu sein. Daher dürfte der Anteil der parteiungebundenen und in Wahlkämpfen erreichbaren Wahlenthalter bei Bundestagswahlen kaum mehr als 5 Prozent aller Wahlberechtigten ausmachen.

3 MOTIVE FÜR DIE WAHLENTHALTUNG

3.1 ERGEBNISSE DER WAHLFORSCHUNG

Bei der Forschung zu Motiven und Ursachen der Wahleuthaltung lassen sich zwei Ausrichtungen unterscheiden, wobei die Vertreter der ersteren fragen, welche Voraussetzungen vorliegen müssen, damit eine Wahlbeteiligung wahrscheinlich ist, und die anderen sich mehr für die Gründe interessieren, die ausschlaggebend für eine Wahleuthaltung, insbesondere für einen Anstieg der Wahlabstinenz, sind. Einmal wird die Wahleuthaltung eher als Ausdruck eines schwachen Interesses an Politik interpretiert, mithin unterstellt, dass alle Wahlberechtigten potenzielle Wahleuthalter sind, und untersucht, unter welchen Voraussetzungen eine Wahlteilnahme wahrscheinlich wird. Im anderen Fall wird Wahleuthaltung eher als Ausdruck anwachsender Unzufriedenheit mit dem politischen System oder als Parteien- und Politikverdrossenheit gesehen, mithin unterstellt, dass alle Wahlberechtigten potenzielle Wähler sind, und nach Faktoren gesucht, die eine Wahleuthaltung wahrscheinlich machen.

Michael Eilfort (2009) führt vier Ursachen für den Anstieg der Wahleuthaltung in Deutschland ins Feld: erstens die Schwächung der Wahlnorm (die Stimmabgabe werde nicht mehr als Bürgerpflicht wahrgenommen), zweitens die allgemeine Abnahme sozialer Bindungen, drittens die wachsende Gruppe von Politikinteressierten, die sich gezielt gegen eine Wahlbeteiligung entscheide, und viertens das Problem der «Politikverdrossenheit». Wenn die Stimmabgabe in der Bevölkerung immer stärker als ein «Kann» und weniger als ein «Muss» empfunden werde, «entscheidet eben die politische Konjunktur nicht nur über das Wie, sondern auch über das Ob der Wahlentscheidung», sodass am Ende «viele und oft profane Gründe, die früher keinen vom Wahlgang abgehalten hätten, inzwischen zur Wahleuthaltung führen». Auch eine aus «Zufriedenheit entstandene Apathie» gehöre dazu (ebd.: 8 f.). Des Weiteren verweist Eilfort auf die alte These, dass Wählerverhalten auch Gruppenverhalten ist und sich nicht nur die sozialen Normen, sondern auch die sozialen Bindungen in den letzten Jahren erheblich verändert hätten:

«Die Realität sieht oft anders aus als die verbreitete Ideal- oder Wunschvorstellung, der mündige Bürger entscheide nach reiflicher und unbeeinflusster Überlegung für oder gegen die Stimmabgabe, für eine Partei oder einen Kandidaten. Dass Wahlbeteiligungsverhalten in starkem Maße Gruppenverhalten ist, zeigt sich schon daran, dass die meisten Wahllokalwähler nicht allein zur Stimmabgabe kommen. Gerade die Entscheidung für oder gegen die Stimmabgabe ist in vielen Fällen gar keine – Wahlbeteiligung oder Wahleuthaltung können relativ zufällig zustande kommen. [...] Die Neigung eines Wahlberechtigten, seine Stimme abzugeben, ist umso größer, je mehr Kontakt er zu anderen Menschen hat, je mehr Anteil er am Gesellschaftsleben

nimmt. [...] Die Vereinzelungsdynamik in der Gesellschaft macht nicht Halt bei der Familie. Genauso nehmen Bindungen an Kirchen, Gewerkschaften, Vereine und andere Organisationen ab – und damit die Wahlbeteiligung. [...] dem zufolge ist nicht oder kaum vorhandene soziale Integration einer der Hauptschlüssel zur strukturellen Erklärung auch von konjunktureller Wahlabstinenz. Der allgemeine Rückgang der Beteiligung bei Wahlen in der Bundesrepublik ist in starkem Maße durch die Abnahme sozialer Bindungen bedingt und so ein Stück weit die logische und normale Folge gesellschaftlicher Entwicklungen» (ebd.: 11 f.).

Hinzuzufügen und zu bedenken wäre, ob nicht die auffällige Zunahme der Wahleuthaltung in bestimmten Großstadtvierteln, wie Schäfer es für Köln beschrieben hat, wiederum auf eine neu entstehende «Norm der Wahleuthaltung» zurückzuführen ist, ob also in bestimmten sozialen Milieus die Wahlbeteiligung inzwischen als sozial unerwünschtes Verhalten wahrgenommen und kommuniziert wird.

Zudem hat die Wahlforschung bei den Bundestagswahlen 1990 zum ersten Mal einen spezifischen Typus des Nichtwählers entdeckt, der in gewisser Weise der weitverbreiteten These, ein starkes Interesse an Politik erhöhe die Wahlwahrscheinlichkeit, widerspricht. Nach Eilfort (2009: 13 f.) ist Wahleuthaltung als Ergebnis einer bewussten Entscheidung durch politisch interessierte und informierte Bürger nach der Schwächung der Wahlbeteiligungsnorm und dem Rückgang gesellschaftlicher Integration eine weitere wichtige Ursache der sinkenden Wahlbeteiligung. Nicht alle Untersuchungen allerdings bestätigen diesen Befund eines neuen, politisch interessierten Nichtwählertyps. So kommt eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung zum Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern zum Schluss, dass dieser unter den Wahlabstinenten Gewerkschaftern eher marginal sei (Hilmer/Satorius 2009).

Größere Einigkeit besteht hingegen hinsichtlich des Zusammenhangs von wachsender Politikverdrossenheit und Wahleuthaltung. Für Eilfort (ebd.: 17) ist die zunehmende diffuse Unzufriedenheit mit der etablierten Politik in Deutschland allerdings eher ein schichten- als ein altersspezifisches Problem. Die Vorstellung von den korrupten und schlechten Politikern und der Glaube an die eigene Ohnmacht seien vor allem unter den sogenannten «kleinen Leuten» verbreitet, was erklären könne, dass gerade unter Arbeitern die Neigung zur Wahleuthaltung, aber auch zur «Protestwahl» zugenommen habe.

Franz Walter vertritt dagegen die These, dass die Wahleuthaltung entlang zweier Achsen gewachsen sei: entlang (1) der Achse der Parteien und politischen Beteiligung und entlang (2) der Achse der Zugehörigkeit und des Ausgeschlossenenseins.

Parteien und politische Beteiligung (1) fielen vor allem bei Teilen der jungen Generation, die gut ausge-

bildet, einkommensstark und politisch nicht desinteressiert und nicht schlecht informiert seien, nicht mehr zusammen. Für politische Beteiligung seien Parteien nicht mehr der natürliche Ort, im Gegenteil biete eine Fülle von nichtparteilichem Organisationen und Politikformen Gelegenheit für themen- und kampagnenzentriertes politisches Engagement. Wahleuthaltung sei ein von Fall zu Fall begründeter Akt von Wählerschichten ohne feste Parteibindungen. Es mangle «an Vertrauen in das Ethos von Parteien und in die Verlässlichkeit öffentlicher Institutionen». Für die «Mitwirkung an der res publica» würden neue Beteiligungsformen gesucht. Walter grenzt diesen neuen Nichtwählertypus stärker ein als Eilfort. So zählt für ihn die aktive Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft nicht länger zu dem von jüngeren Leuten angestrebten politischen Engagement. Entlang der Achse Zugehörigkeit und Exklusion (2) sieht Walter den größeren Teil des Anstiegs in der Wahleuthaltung begründet. Bei Kommunal- und Landtagswahlen könne beobachtet werden, dass sich «in Vierteln, in denen Arbeitslosigkeit, schulische Defizite, Geldknappheit und andere Misere überproportional häufig gebündelt zusammenkommen, die Wähleranteile mittlerweile um die 20 Prozent, jüngst noch darunter bewegen». Soziologen sprächen von einer «negativen Individualisierung».

«Individualisierung mag bei Menschen mit hohem sozialen und kulturellen Kapital zu einer Mehrung von Chancen, Aktivitäten, Lebenserfahrungen führen. Individualisierung mündet dagegen bei Personen ohne diese Ausstattung in rasantem Tempo in Isolation, Antriebsschwäche, Resignation, kurz: in Teilnahmslosigkeit. Hier definiert sich soziale Armut nicht nur und vielleicht nicht einmal in erster Linie materiell, sondern durch den Verlust von Kontakten, den Mangel an Eingebundenheit, neu-sozialwissenschaftlich ausgedrückt: durch ein Defizit an Netzwerkkompetenz. Hier fehlt es vielfach an Integration, sei es in intakten, zur Subsidiarität fähigen Familien, sei es in funktionierenden, zur Kooperation bereiten Nachbarschaften, sei es in einer lebendigen, aktivierenden Vereinskultur. Desintegration führt zum Aus- und Rückzug, zur Enthaltung bei den öffentlichen Angelegenheiten, zur Unengagiertheit. Man glaubt dann nicht, dass sich der Einsatz lohnt; man hofft nicht mehr, dass Parteien und Politik das Schicksal wenden» (Walter 2006).

Die vopolitische Organisationswelt des Sozialkatholizismus und der Arbeiterbewegung habe in früheren Jahrzehnten zudem dafür gesorgt, «dass auch Ungebildete, Dequalifizierte, Erwerbslose «dazugehörten», Aufgaben zugewiesen bekamen, dadurch Würde und Selbstbewusstsein bewahren konnten». Das habe gleichsam, als eine Art positiver Nebeneffekt, die Wahlbeteiligung hochgehalten. Doch die Kraft des Sozialkatholizismus sei erloschen und das Organisationspotenzial der früheren Arbeiterbewegung gänzlich verkümmert. Die Folge sei eine immer noch weithin unterschätzte Reduzierung des sozialen Integrationsvermögens von der Mitte der Gesellschaft nach unten, in die Kellergewölbe des Systems (ebd.).

Aus Walters Sicht führt der Verlust «elementarer Bindungen und Bettungen» zu sozial unerwünschtem Verhalten und Folgen. Allerdings drohe der bürgerlichen Gesellschaft vom «isolierten Dauerkonsum vor dem Fernseher» keine wirkliche Gefahr: Durch die «apathische Randständigkeit des «neuen Unten» [wird] das politische System nicht kollabieren. Im Gegenteil, Apathie stabilisiert herrschende Systeme.» So nahe wie Walter hier einer wissenschaftlich belegbaren Empirie der Klassenspaltung im Wahlverhalten auch kommt, so zählt er doch eher zu denjenigen Sozialwissenschaftlern, die am Ende für die Exkludierten und Hoffnungslosen nur noch Hohn und Spott übrig haben.

Im Gegensatz dazu gehen Markus Steinbrecher und Hans Rattinger (2011: 77 ff.) davon aus, dass man anhand sozialstruktureller Faktoren wie Alter, Geschlecht und Bildung allein nur sehr bedingt die Wahlbeteiligung einer Person erklären bzw. voraussagen kann. Für sie sind gängige Indikatoren der angelsächsischen Parteien- und Wahlforschung wie Werte, Normen und Einstellungen wesentlich wichtiger. Sie unterscheiden zwischen:

1. Wahlpflichtgefühl als Indikator für eine Bereitschaft zur Wahlbeteiligung jenseits individueller Interessenlagen,
2. Parteidentifikation/Parteibindung als Indikator für eine nichttaktische Wahlbereitschaft,
3. politischem Interesse als Indikator für die Aufmerksamkeit gegenüber der Politik,
4. Demokratiezufriedenheit als Indikator für die Zufriedenheit mit der Arbeit des politischen Systems,
5. Parteisympathie als Indikator für die Nähe zum parteipolitisch strukturierten politischen System (Personen, die keiner Partei hohe Sympathiewerte zuschreiben, werden mit größerer Wahrscheinlichkeit nicht wählen, weil sie keinen Anreiz haben, zum Erfolg einer Partei beizutragen),
6. Einschätzung der eigenen individuellen politischen Wirksamkeit (internal efficacy) als Indikator für Kompetenzbewusstsein, Einfluss auf Politiker, Parteien und öffentliche Verwaltung nehmen zu können, und
7. Einschätzung der eigenen individuellen politischen Wirksamkeit (external efficacy) als Indikator der wahrgenommenen Responsivität des politischen Systems, das heißt die Erwartung, dass Parteien, Politiker und öffentliche Verwaltung auf Einflussversuche reagieren.

Weitere, vor allem situative Faktoren seien zu berücksichtigen, wenn etwa die Unzufriedenheit mit dem demokratischen System im Wahlzeitraum mit einer negativen Einschätzung der wirtschaftlichen Situation und der persönlichen Lage zusammenfalle. Bei ihrer Untersuchung der Beteiligung an den Bundestagswahlen 2009 unterscheiden sie zwischen vier Gruppen: die Gruppe der Dauerwähler, die Gruppe der Dauernichtwähler (zweimalige aufeinanderfolgende Nichtbeteiligung) und die zwei Gruppen der Wechsler.

Die Dauerwähler auf der anderen Seite hätten eine viel stärkere Bindung an eine der Parteien, zeigten

ein überdurchschnittliches Interesse an politischen Fragen und eine größere Zufriedenheit mit dem politischen System in Deutschland und den Einflussmöglichkeiten der Bürger auf den politischen Prozess. Sie würden die Wahlnorm viel stärker akzeptieren als die anderen Wählertypen. Bezüglich der eigenen Wirtschaftslage sowie der des Landes hätten die Dauervähler die positivsten Einschätzungen. Sie hätten die größte Sympathie für eine der Parteien und nähmen zugleich den größten Unterschied zwischen SPD und CDU/CSU wahr.

Die Dauernichtwähler werden von Steinbrecher/Rattinger charakterisiert als politisch gering interessiert, niedrige Wahlnorm, besondere Unzufriedenheit mit den politischen Akteuren selbst, eine schwache Parteiidentifikation und eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Demokratie. Jedenfalls seien diese Indikatoren bei Nichtwählern stärker vorhanden als bei Wählern. Sie seien im Vergleich in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht am unzufriedensten und am stärksten enttäuscht. Dies zeige sich auch an ihrer geringen Verbundenheit mit einer der Parteien. Sie seien zudem fast gar nicht an Politik interessiert und würden die Wahlnorm mehrheitlich ablehnen. Unter ihnen befänden sich besonders viele Frauen, ebenso Jüngere und niedrig Gebildete. Diejenigen, die angaben, sich an den Bundestagswahlen von 2005, aber nicht mehr an denen im Jahr 2009 beteiligt zu haben, würden am meisten den Dauernichtwählern ähneln, sie wiesen dazu aber auch noch das niedrigste Bildungsniveau und das höchste Durchschnittsalter auf. Wer umgekehrt vom Nichtwähler 2005 zum Wähler 2009 wurde, habe dagegen mehr Ähnlichkeiten mit den Dauervählern. Die Anwendung der gängigen empirischen Indikatoren belege, dass der Anstieg der Wahleuthaltung vor allem auf die «Unzufriedenheit und Enttäuschung mit der Politik und der aktuellen wirtschaftlichen Situation sowie Entfremdung vom politischen Prozess in Deutschland» zurückgeführt werden könne. Allerdings, so die Autoren am Ende selbstkritisch, bliebe bei dieser Betrachtung der eigentliche politische Moment der Wahlentscheidung außen vor:

«Vielmehr könnte die geringe Wahlbeteiligung 2009 zum Teil auch durch den eher langweiligen und ereignisarmen Wahlkampf aller Parteien erklärt werden. Nicht umsonst wurde Angela Merkel schon Wochen vor der Wahl vorgeworfen, sie versuche «im Schlafwagen» an die Macht zu kommen. Es ist daher nicht überraschend, wenn durch einen nichtssagenden Wahlkampf eher Personen von der Wahl ferngehalten als an die Wahlurnen gelockt worden sind» (ebd.: 89 f.).

Hierbei handelt es sich jedoch um einen Euphemismus, denn im Kern lautet die Aussage: Machterhalt durch eine Strategie der asymmetrischen Demobilisierung. Wenn die eigenen Anhänger, was die Wahlforschung belegt, in weit höherem Maße einer demokratischen Wahlnorm folgen als diejenigen der Kontrahenten, lässt sich mit dieser Strategie am ehesten die relative Mehrheit sichern.

Die verschiedenen Studien zur Wahleuthaltung lassen sich wiederum auch lesen als Versuche, diejenigen Faktoren zu identifizieren, die einer Partizipation förderlich sind. Die grundlegenden Arbeiten aus den 1990er Jahren (Eilfort 1994; Kleinhenz 1995) haben sieben hervorgehoben:

1. politisches Interesse,
2. politisches Selbstvertrauen (gemessen als negative Antwort auf die Aussage «Politik ist zu kompliziert für mich»),
3. die Erwartung, dass Parteien den Wählerwünschen folgen (Responsivität),
4. die Akzeptanz der Wahlnorm («Wählen ist Bürgerpflicht»),
5. das Vorhandensein einer Parteibindung (Parteiidentifikation),
6. die Überzeugung, dass es einen Unterschied macht, wer regiert, und
7. der Grad politischer Entfremdung (hier «Demokratiezufriedenheit»).

Armin Schäfer (2011b: 145) hat darauf hingewiesen, «dass diese Einstellungen wiederum sozial eingebettet sind und durch soziale Merkmale bedingt werden». Die Wahlwahrscheinlichkeit nehme mit dem politischen Interesse zu. Wer mit der Demokratie zufrieden sei, gehe mit höherer Wahrscheinlichkeit wählen. Seien andere «partizipationsfördernde Einstellungen» vorhanden, nehme die Bedeutung des politischen Interesses wieder ab. Wer die Wahlnorm vollständig akzeptiere, gehe auch bei fehlendem politischen Interesse wählen. Wer sich dagegen nur wenig für Politik interessiere und gleichzeitig das Wählen nicht als Bürgerpflicht begreife, sich nicht mit einer Partei identifiziere oder nicht glaube, dass Regierungswechsel Folgen haben, gehe auch nicht wählen (ebd.: 146 f.). Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss habe auch das Einkommen.

«Befragte mit höherem Einkommen vertreten mit höherer Wahrscheinlichkeit Einstellungen, die sich positiv auf die Wahlbereitschaft auswirken. Das Vertrauen in die eigene politische Kompetenz wie auch die Demokratiezufriedenheit steigen stark mit dem Einkommen. Wer ein geringes Einkommen hat, traut sich dagegen wenig zu und vertraut auch der Politik nicht. Im Gegensatz dazu hängen Parteiidentifikation und Wahlnorm weniger stark vom Einkommen ab» (ebd.: 147 f.).

Bei Bildung seien die Zusammenhänge nicht so deutlich ausgeprägt wie beim Einkommen, aber ebenfalls erkennbar.

«Einkommen und Bildung fördern jene Werte, die zur politischen Partizipation führen. Gering Gebildeten und Einkommensschwachen fehlen dagegen häufig die motivationalen Voraussetzungen, um wählen zu gehen. Der Hinweis auf mangelndes politisches Interesse oder Missmut über Parteien reicht nicht aus, um zu erfassen, aus welchen sozialen Gruppen sich die Nichtwähler rekrutieren» (ebd.: 148).

Es macht bei Betrachtungen von Wahl zu Wahl durchaus Sinn, die Wahleuthaltung mit Veränderun-

gen und Faktoren im politischen System bzw. der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie selbst zu erklären. Die langfristigen Tendenzen wie die überdurchschnittliche Zunahme der Wahlenthaltung in bestimmten sozialen Gruppen sowie Regionen und Stadtteilen werden damit jedoch nicht erfasst. Offensichtlich, so könnte eine erweiterte Sichtweise lauten, gelingt es dem demokratisch verfassten Gesellschaftssystem immer weniger, die Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie zu reproduzieren. Demokratie ist nicht voraussetzungslos. Sie erfordert, dass Partizipation auch mit Entscheidung verbunden ist. Sie erfordert die wechselseitige Anerkennung derjenigen, die dazugehören sollen, als Gleiche und Gleichwertige, als respektable Personen. Diese notwendige Bedingung für demokratische Partizipation ist in den Jahren wachsender sozialer Ungleichheit und Ökonomisierung von Politik und Alltag zunehmend abhanden gekommen.

Diejenigen, die am ehesten Grund hätten, «eine andere Politik zu wählen», sind auf vielfältige Weise bereits aus dem politischen Raum verdrängt worden bzw. verschwinden immer mehr, sodass nachhaltige strukturelle Mehrheiten für eine sozialstaatliche und egalitäre Politik, die den unteren Schichten nicht pädagogisch oder «verhaltenstherapeutisch» gegenübertritt, immer schwerer herzustellen sind. Hierbei handelt es sich mitnichten um ein auf parlamentarische Wahlen beschränktes Phänomen. Auch direktdemokratische Partizipationsformen weisen, zum Teil noch deutlicher, die gleiche Klassenstruktur auf. Johanna Klatt und Franz Walter haben in ihrer Studie «Entbehrliche der Bürgergesellschaft» (2011) darauf hingewiesen, dass die modernen zivilgesellschaftlichen Beteiligungsformen von Angehörigen der sozialen oberen Mitte dominiert sind. Sebastian Bödeker hat jüngst in einer Studie für die Otto-Brenner-Stiftung «im Hinblick auf politische Teilhabe und Partizipation eine erhebliche soziale Selektivität» festgestellt. Im «hohen Maße» sei der «Grad an

politischer Partizipation» von Einkommen und Bildung abhängig:

«Einkommensschwache und bildungsferne Teile der Bevölkerung sind in allen Formen politischer Partizipation unterrepräsentiert. Der «Aufstand des Publikums» ist in vielerlei Hinsicht ein Aufstand der einkommensstarken und gut gebildeten Ober- und Mittelschicht. Die Situation ist paradox: Einerseits lassen sich in den aktuellen Entwicklungen Züge einer demokratischen Bürgergesellschaft erkennen, in der Bürger/-innen zunehmend auch abseits von Wahlen und Parteien politisch aktiv sind. Andererseits führt gerade diese Praxis zu einer Zunahme politischer Ungleichheit, da die neuen Formen politischer Partizipation in einem noch größeren Ausmaß sozial verzerrt sind» (Bödeker 2012: 6).

3.2 MOTIVE VON NICHTWÄHLERN LAUT UMFRAGEN

Im Umfeld der Bundestagswahlen von 2009 befassten sich gleich mehrere Meinungsforschungsinstitute mit dem Phänomen der Wahlbeteiligung bzw. Wahlenthaltung und seinen Ursachen. Methodisch wurden dabei Einstellungen verglichen: Was unterscheidet Wahlberechtigte mit der bekundeten Absicht, wählen zu gehen, von Wahlberechtigten, die die Absicht äußerten, nicht wählen zu gehen?

In der ersten Juli-Hälfte 2009 prognostizierte eine Allensbach-Umfrage (Petersen 2009) eine vergleichsweise niedrige Wahlbeteiligung. Dabei wurde eine zunehmende «Parteienverdrossenheit» als Begründung weitgehend ausgeschlossen, da in der Befragung der Anteil derjenigen, die angegeben hatten, von allen Parteien enttäuscht zu sein, mit 31 Prozent so niedrig ausfiel wie zuletzt 1998. Als bedeutsamer wurde eingeschätzt, dass die Wahl 2009 nur von wenigen als «Schicksalswahl» wahrgenommen worden sei. Eine große Zahl von Wahlberechtigten habe sich für die Aussage entschieden, es sei «nicht wirklich entscheidend, ob sie an der Wahl teilnehmen». Inwieweit die

Tab. 6a: Nichtwählen als Ergebnis politischer Demobilisierung, Juli 2009

	Alle befragten Personen	Befragte mit Absicht «Nichtwahl»
«Mir gefällt zurzeit keine Partei. Deshalb gehe ich nicht wählen.»	11 %	62 %
«Es bringt nichts, wählen zu gehen.»	13 %	59 %
«Ich frage mich häufig, ob es Sinn macht, wählen zu gehen. Die Parteien machen doch sowieso, was sie wollen.»	42 %	60 %
«Wenn ich mit meiner Partei unzufrieden bin, bleibe ich am Wahltag zu Hause, um ihr einen Denktzettel zu verpassen.»	5 %	7 %
«Ich finde, wählen zu gehen ist eine Art Pflicht für den Bürger.»	62 %	6 %
«Einmal ganz allgemein gesprochen: Interessieren Sie sich für Politik?»	50 %	13 %
«Die sympathischste Partei ist gegenwärtig »		
CDU/CSU	38 %	23 %
SPD	28 %	31 %
FDP	9 %	11 %
Grüne	14 %	10 %
DIE LINKE	10 %	16 %

Quelle: Eigene Darstellung nach Petersen 2009

hier geäußerte Ansicht, es komme auf die eigene Stimme nicht an, auf den konkreten Wahlausgang bezogen wurde oder auf demokratische Partizipation allgemein, blieb weitgehend offen. Einen Rückgang bei der Verankerung der «Wahlnorm» stellte die Umfrage vor allem bei jüngeren Wahlberechtigten fest.

«Die Vorstellung, Wahlenthaltung sei gleichbedeutend mit Protest gegen die Parteien und das politische System, verstellt den Blick auf die eigentliche Struktur des Phänomens. Natürlich gibt es auch Bürger, die den Parteien mit ihrer Wahlenthaltung ganz bewusst einen Denkzettel verpassen wollen, doch dabei handelt es sich um eine kleine Minderheit. Die meisten Nichtwähler sind Menschen, die sich wenig für Politik interessieren und vergleichsweise wenig politische Kenntnisse haben. Oft handelt es sich dabei um junge Leute, die – anders als ihre Eltern und Großeltern – nicht der Ansicht sind, Wählen sei eine Bürgerpflicht» (ebd.).

Eine Rolle weist die Studie aber auch der Tatsache zu, dass die familiär vermittelte Parteibindung abgenommen habe. 1998 hatten auf die Frage, ob es eine Familientradition bei der Parteibindung gäbe, noch 50 Prozent mit Ja geantwortet, im Unterschied zu 41 Prozent im Jahr 2009. Mit entsprechenden Fragestellungen, so die Einschätzung des Verfassers Petersen, ließen sich potenziellen Wahlenthaltern auch Aussagen entlocken, die als «Parteienverdrossenheit» ausgelegt werden könnten, doch sein Fazit lautet: Von einer aktiven, bewussten und konkret politisch begründeten Protesthaltung könne nicht die Rede sein (vgl. Tab. 6a).

Dagegen stellt die Umfrage einen starken Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und der Anwesenheit von «Politik im Alltag» her. Dieser Befund korrespondiert mit der weiter oben vorgestellten These, wonach die Wahlbeteiligung nicht allein eine isolierte individuelle Entscheidung ist, sondern erheblich vom sozialen Umfeld beeinflusst wird (vgl. Tab. 6b).

Tab. 6b: Wahlbeteiligung und «Politik im Alltag», Juli 2009
«Wird in Ihrem Freundes- oder Bekanntenkreis auch über Politik gesprochen?»

Antworten von Befragten, die ...	JA	NEIN
... bei jeder Wahl wählen gehen	73 %	25 %
... bei den meisten Wahlen wählen gehen	62 %	38 %
... ab und zu wählen gehen	45 %	53 %
... nie wählen gehen	42 %	56 %

Quelle: Eigene Darstellung nach Petersen 2009

Die Allensbach-Umfrage kann als eine Überprüfung des Erfolgs der auf Demobilisierung setzenden Wahlstrategie der Union gelesen werden. Beachtenswert sind aber insbesondere die festgestellten Zusammenhänge zwischen der Gegenwärtigkeit von Politik im sozialen Umfeld und der Bereitschaft, wählen zu gehen. Nichtwähler, so das Ergebnis, sind deutlich weniger an

Politik interessiert, haben zugleich jedoch eine höhere Erwartungshaltung an die Wirksamkeit einer Wahlbeteiligung. Die schnell eintretende Enttäuschung kann dann im Weiteren als Begründung für die Wahlenthaltung angeführt werden. Die Erwartungshaltung an «die Politik» steigt in dem Maße, in dem die Bereitschaft abnimmt, Wahlen als Aufforderung («Wahlnorm») zu betrachten, eine Entscheidung zu treffen.

Im August 2009 führte das Emnid-Institut ebenfalls eine repräsentative Umfrage (vgl. Schöppner 2009) durch, um die Nichtwähler zu erforschen. Sie ermittelte einen Anteil von 27 Prozent bekennenden Nichtwählern unter den Befragten. Darunter waren 60 Prozent, die angaben, auch 2005 nicht gewählt zu haben. Die weiteren Ergebnisse waren: Frauen behaupteten häufiger als Männer, der Wahl fernbleiben zu wollen, bei Wahlberechtigten mit niedriger formaler Bildung kam dies häufiger vor als bei Abiturlern (31 % zu 19 %), bei Geringverdienenden häufiger als bei Gutverdienenden (28 % zu 22 %) und bei Erstwählern häufiger als bei Rentnern (33 % zu 18 %). Obwohl dies nur Absichtserklärungen waren, bestätigten die späteren Wahlergebnisse weitgehend die Umfrageergebnisse von Emnid (bis auf eine tendenzielle Ausnahme, und zwar die der Frauen).

Bei der Motivforschung bedient sich die Studie eher nicht der gängigen Erklärungsmodelle wie Parteien- und Politikverdrossenheit. So konnten bei der Beantwortung der Frage, ob es bei der Gesundheitsversorgung, der Rente oder der Bildung «gerecht zugeht», kaum relevante Unterschiede zwischen Befragten mit Wahlabsicht und solchen ohne Wahlabsicht festgestellt werden. Weiterhin hatten selbst 46 Prozent der Befragten mit Wahlabsicht der Aussage zugestimmt, «Wählen gehen hat keinen Einfluss auf Politik», während die Aussage «Auf die Belange der Kleinen wird viel zu wenig eingegangen» in beiden Gruppen auf eine annähernd hohe Zustimmung (66 % bzw. 72 %) gestoßen war.

Den Anteil der «systematischen Nichtwähler, die ihre Partei abstrafen, anderen Parteien ihre Stimme aber vorenthalten wollen», schätzte die Studie auf ein Fünftel und damit eine Minderheit. Der typische Nichtwähler sei dagegen weitgehend werte- und orientierungslos. Wie keine andere Wählergruppe mangle es ihm an Eigenschaften wie Pflichtbewusstsein, Traditionsverbundenheit, Religiosität, Rationalität und kulturellem Interesse. Bei dieser Gruppe würden alle Wahlaufufe und Bemühungen der Parteien ins Leere laufen (ebd.).

Ein weiteres bemerkenswertes Ergebnis der Emnid-Umfrage ist, dass das Verhalten von Politikern oftmals wichtiger zu sein scheint als ihre Politik: So gab ein Teil der Befragten zum Beispiel die «Dienstwagenaffäre» der ehemaligen Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt als einen Grund für ihre Wahlabstinenz an, aber nicht deren völlig misslungene Gesundheitsreform. Zwei weitere Befunde sind insbesondere aus einer linken Perspektive bedeutsam: Auf der Links-Rechts-Skala würden sich die Nichtwähler zwar links

**Tab. 7a: Infratest-dimap-Umfrage Oktober 2009:
Mögliche Motive von Nichtwählern bei der Bundestagswahl 2009**

Die Aussage XX trifft zu, sagen in XX Prozent der Nichtwähler bei der Bundestagswahl am 27.9.2009	Gesamt	West	Ost
1. Politik interessiert mich nicht.	33	38	17
2. Die Politiker verfolgen doch nur ihre eigenen Interessen. Nach der Wahl sind ihnen die Wähler egal.	64	60	75
3. Früher konnte ich mich immer für eine Partei entscheiden, im Moment fällt mir die Entscheidung aber schwer.	59	59	60
4. Wahlen sind ohne Bedeutung, die Bürger können mit ihrer Stimme ohnehin nichts bewirken.	43	40	56
5. Ich weiß gar nicht, wie sich die Parteien inhaltlich unterscheiden.	40	41	37
6. Es gibt derzeit keine Partei, die meine Interessen vertritt.	55	55	52

Quelle: Infratest dimap 2009. Mehrfachnennungen möglich.

der Mitte positionieren, aber bei Weitem nicht so weit weg von der Mitte wie Wähler der Partei DIE LINKE. Hinzu kommen ökonomische Probleme als Begründung für die Wahlabstänze: Für 69 Prozent der Nichtwähler habe sich die eigene finanzielle Lage im vergangenen Jahr deutlich verschlechtert, bei den Wählern trafe dies noch nicht einmal auf jeden Zweiten zu (ebd.). Offensichtlich führt eine Verschlechterung der persönlichen wirtschaftlichen Lage gerade nicht zu höherer politischer Beteiligung, vielmehr sinkt das politische (Beteiligungs-)Interesse.

Auch Infratest dimap befragte Anfang Oktober 2009, nur wenige Tage nach der Bundestagswahl, bekennende Nichtwähler nach ihren Motiven für die Wahlenthaltung. Dabei wurden den Befragten sechs Aussagen vorgelegt, von denen man annahm, dass sie bei Nichtwählern auf Zustimmung stoßen und ihre Motivlage beschreiben könnten. Das Interessante an den Umfrageergebnissen ist vor allem, dass eine (qualitative) Gewichtung nach soziodemographischen Merkmalen möglich ist (vgl. Tab. 7a).

Eine Minderheit von einem Drittel bis zwei Fünftel der Befragten stimmte Aussagen zu, die mit dauerhaftem politischen Desinteresse und Wahlabstänze gleichgesetzt werden können. Mehrheitlich überwogen jedoch Begründungen, die auf eine mangelnde Unterscheidbarkeit der Parteien verweisen und darauf, dass sich die Befragten kaum oder gar nicht von den zur Wahl stehenden Parteien und vor allem Personen vertreten fühlen. Die Zustimmung zu den vorgelegten Aussagen fällt je nach soziodemographischen Merkmalen unterschiedlich aus. Auch wenn die Fallzahlen

in einzelnen Gruppen für verallgemeinernde Aussagen zu niedrig sind, können sie gleichwohl als «qualitative Fingerzeige» gewertet werden (vgl. Tab. 7b).

Sicherlich lassen diese Umfrageergebnisse vielschichtige Interpretationen zu. Vier Grundtendenzen bei den Motiven zur Nichtwahl scheinen es jedoch wert, hervorgehoben zu werden:

Bei den oberen sozialen Schichten scheint bei hoher politischer Informiertheit Misstrauen gegenüber der Gestaltungsfähigkeit der Politik bzw. der Demokratie (im Verhältnis zur Wirtschaft) und/oder die Haltung vorzuherrschen, dass man sich um seine eigenen Angelegenheiten kümmern muss und von der Politik ohnehin nichts zu erwarten hat.

Bei den Nichtwählern aus der sozialen Mitte scheint insgesamt ein Misstrauen gegenüber der Verlässlichkeit von Politikern zu überwiegen («nach der Wahl interessieren die sich für uns normale Bürger nicht mehr»).

Bei den unteren sozialen Schichten sowie bei den Arbeitern und Arbeitslosen scheint für die Nichtwahl vor allem der Eindruck mangelnder Repräsentanz durch die Parteien und ihre Politiker entscheidend («die verstehen uns nicht», «wissen nicht, wie das Leben ist»).

Bei den über 35-Jährigen, also denjenigen, die 1998 erstmals wählen konnten und die den Regierungswechsel zu Schröder/Fischer aktiv herbeiführten oder als Wahlberechtigte erlebten, ist die Auffassung besonders weit verbreitet, dass Politiker doch nur ihre eigenen Interessen verfolgen (80 Prozent der 45- bis 59-jährigen Nichtwähler) und dass derzeit keine Partei die eigenen Interesse vertritt (73 Prozent der 35- bis 44-jährigen Nichtwähler).

Tab. 7b: Infratest dimap-Umfrage Oktober 2009: Verteilung der möglichen Motive nach sozialen Gruppen – über- und unterdurchschnittlich Zustimmung zu den sechs Aussagen

<p>«Politik interessiert mich nicht.» überproportionale Zustimmung bei: 25- bis 34-Jährigen (52 %) und Arbeitern (48 %) unterproportionale Zustimmung bei: über 60-Jährigen und Rentnern (17 %), Personen in Haushalten mit mehr als 3.000 Euro Nettoeinkommen (8 %), Freiberuflern/Selbständigen (6 %)</p>
<p>«Die Politiker verfolgen doch nur ihre eigenen Interessen. Nach der Wahl sind ihnen die Wähler egal.» überproportionale Zustimmung bei: 18- bis 24-Jährigen (84 %), 45- bis 59-Jährigen (80 %), Personen mit Mittlerer Reife (67 %), Rentnern (75 %), leitenden Angestellten/Beamten (100 %) unterproportionale Zustimmung bei: 35- bis 44-Jährigen (48 %), Männern (51 %), Personen in Haushalten mit mehr als 3.000 Euro Nettoeinkommen (52 %), Arbeitern (48 %)</p>
<p>«Früher konnte ich mich immer für eine Partei entscheiden, im Moment fällt mir die Entscheidung aber schwer.» überproportionale Zustimmung bei: allen Altersgruppen über 35 Jahren (bis zu 88 %) und Rentnern (89 %) unterproportionale Zustimmung bei: unter 35-Jährigen (12 % bei unter 25-Jährigen), Personen mit mittlerem und höherem Bildungsabschluss (48 %), Personen in Haushalten mit mehr als 3.000 Euro Nettoeinkommen (11 %)</p>
<p>«Wahlen sind ohne Bedeutung, die Bürger können mit ihrer Stimme ohnehin nichts bewirken.» überproportionale Zustimmung bei: über 45-Jährigen (60–80 %), Frauen (55 %), Erwerbslosen (56 %), Rentnern (79 %), leitenden Angestellten/Beamten (59 %) unterproportionale Zustimmung bei: unter 35-Jährigen (18–26 %), Männern (29%), Personen mit hohem Bildungsabschluss (12 %), %, Personen in Haushalten mit mehr 3.000 Euro Nettoeinkommen (14 %)</p>
<p>«Ich weiß gar nicht, wie sich die Parteien inhaltlich unterscheiden.» überproportionale Zustimmung bei: 25- bis 34-Jährigen (53 %), über 60-Jährigen (80 %), Personen in Haushalten mit weniger als 1.500 Euro Nettoeinkommen (55 %), Rentnern (79 %), Arbeitern (41 %) unterproportionale Zustimmung bei: 18- bis 24- sowie 35- bis 44-Jährigen (je 25 %), Personen in Haushalten mit mehr als 3.000 Euro Nettoeinkommen (8 %), leitenden Angestellten/Beamten (12 %), allen anderen Angestellten/Beamten (24 %)</p>
<p>«Es gibt derzeit keine Partei, die meine Interessen vertritt.» überproportionale Zustimmung bei: 35- bis 44-Jährigen (73 %), Personen in Haushalten mit weniger als 1.500 Euro Nettoeinkommen (65 %), Arbeitslosen (65 %), Arbeitern (69 %) unterproportionale Zustimmung bei: unter 35-Jährigen, Personen mit hohem Bildungsabschluss (37 %), Personen in Haushalten mit mehr als 3.000 Euro Nettoeinkommen</p>

Quelle: Infratest dimap 2009

FAZIT

Das Gros der Parteien- und Wahlforscher setzt eine Beteiligung an Wahlen als demokratische Pflicht voraus und betrachtet eine Nichtbeteiligung als relevante Normabweichung. Sie wird entweder als Kritik an den bestehenden politischen Formen, Parteien und Kandidaten oder als individuelles Defizit interpretiert, bestehend aus mangelndem Politikinteresse, fehlender Entscheidungsbereitschaft und/oder Gleichgültigkeit. Tatsächlich scheint es so, als habe sich insbesondere in Großstadtvierteln in den letzten Jahrzehnten diese Norm nicht nur abgeschwächt, sondern vielmehr umgekehrt: Die Beteiligung an Wahlen, nicht länger der Wahlverzicht, erscheint vielerorts als abweichendes und erklärungsbedürftiges Phänomen.

Aus linker Sicht ist besonders bedeutsam, dass Wahlabstinenz zwar alle demographischen Gruppen, sozialen Schichten und politischen Parteien betrifft, aber inzwischen nachgewiesen ist, dass gerade auf lange Sicht die Wahlbeteiligung in den unteren sozialen Schichten überproportional stark zurückgegangen ist. Die Rede von einer «Partei der Nichtwähler» ist daher irreführend. Die Zunahme der Wahlenthaltung hat einen Klassencharakter: Gerade diejenigen, denen man unterstellen kann, am ehesten auf sozialstaatliche Institutionen und öffentliche Einrichtungen angewiesen zu sein, machen von ihrem Wahlrecht unterdurchschnittlich häufig Gebrauch. Die Motive hierfür sind, wie gezeigt, vielfältig, das Ergebnis jedoch läuft auf eine systematische Verdrängung eines Teils der Wahlbevölkerung aus dem politischen Raum hinaus. Es handelt sich hierbei um einen anhaltenden Prozess der sozial asymmetrischen Demobilisierung. Wo statistisch messbar die Wahlbereitschaft sinkt, nehmen auch die Bemühungen der Parteien ab, durch Programmatik, Auftreten und Politik neue Wähler zu gewinnen, weil der zu betreibende Aufwand vergleichsweise hoch erscheint oder die an anderer Stelle zu verlierenden Stimmen als gewichtiger eingeschätzt werden. Wo die Bemühungen um potenzielle oder reale Nichtwähler sinken, nimmt zugleich die Tendenz zum Wahlverzicht zu.

Soziale Merkmale allein reichen allerdings nicht (mehr) aus, um die Verfestigung der Wahlenthaltung in bestimmten Schichten und Vierteln erklären zu können. Bedeutsam dürften zumindest drei weitere Faktoren sein: die politische Sprache, die politische Begriffsbildung und das Agenda-Setting. Sie alle haben sich von der alltäglichen Lebenswelt eines Teils der Wahlbevölkerung erheblich entfernt. Für deren sozialen Erfahrungen und Erwartungen findet sich in den medial bestimmenden Diskursen (Euro-, Banken- und Schuldenkrise, Energiewende, sozialökologischer Umbau etc.) keine oder kaum mehr Wiedererkennungsmöglichkeiten der Art, dass sie sich direkt angesprochen fühlen könnten (es sein denn als «Deutsche»). Auch der umfassende «Stress», der mit einem sozial und ökonomisch prekären Leben verbunden ist, wird selten thematisiert.

Die Bedeutung dieser Entwicklung erschließt sich vollends erst im Zusammenhang mit dem politischen und medialen Diskurs über Arbeitslosigkeit, Armut und Demokratie. Zum einen wurden andauernde Arbeitslosigkeit und Armut nun über nahezu drei Jahrzehnte systematisch individualisiert und auf vermeintlich fehlerhaftes individuelles Verhalten zurückgeführt, worauf die Adressaten weitgehend mit Abschottung reagierten. Zum anderen hat die Politik die Reichweite demokratischer Entscheidungen – und damit den Nutzen demokratischer Beteiligung – dem Primat der Ökonomie unterworfen.

«Setzt sich aber eine «Krise» an die Spitze der politischen Tagesordnung, von der die Bundesregierung behauptet, dass ihr nur hier und jetzt und nur so und nicht anders beizukommen sei, dann hat das Parlament, dann haben die Vertreter des Volkes, dann hat die Demokratie zur Seite zu springen. [...] Wenn aber ein Volk seine Vertreter nur mehr als Dienstleister der Wirtschaft erlebt, wenn ihm der Glaube an den Gestaltungswillen und die Gestaltungskraft der Politik verloren geht, wenn es das Parlament nur noch als willenlosen Absender von den Finanzmärkten bestellter Rettungspakete betrachtet, dann steht die Demokratie vor dem Ruin» (Bommarius 2012).

Wo es Politikern nach eigenem Bekunden also vor allem darum geht, «das Vertrauen der Märkte» wieder herzustellen, ist eigentlich die Höhe der Wahlbeteiligung erklärungsbedürftig, nicht die Wahlenthaltung. Wäre nicht die Frage berechtigt, ob sich hinter der Wahlabstinenz nicht vielleicht auch ein Akt der Selbstachtung verbirgt? Wenn die eigenen Bedürfnisse und Erwartungen im politischen Diskurs keinerlei Rolle (mehr) spielen und die vermeintlichen politischen Entscheidungsträger doch nur noch Helfershelfer «der Märkte» sind, dann muss man ihnen hierfür nicht auch noch durch eine Wahlbeteiligung die gewünschte Legitimität verleihen.

Fest steht, dass alle aussichtsreichen Strategien zur Stärkung der Demokratie den sozialen und zunehmend klassenpolitischen Charakter der sinkenden Beteiligung an Wahlen und anderen Formen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten berücksichtigen müssen. Die besten Beteiligungsmöglichkeiten nutzen wenig, wenn sie nicht von allen sozialen Gruppen gleichermaßen in Anspruch genommen werden (können). Die Anstrengungen der Parteien und Politiker, im Zuge von Wahlkämpfen diese Ausgrenzungen rückgängig zu machen, sind bislang aber eher auf die kleinere Gruppe der Wechselwähler unter den Nichtwählern beschränkt geblieben. Wenden sich alle dieser Gruppe zu, werden sich daraus kaum Vorteile für eine Partei ergeben, denn die Parteipräferenzen sind hier eher gleichmäßig verteilt – mit derzeit leichten Vorteilen für das linke Lager.

Das sozialstrukturelle Gefälle bei der Wahlbeteiligung ist allerdings bisher von keiner Partei offensiv thematisiert und repräsentiert worden. Der Klassencharakter

des Wachstums bei der Wahlenthaltung in den vergangenen beiden Jahrzehnten stellt gerade auch linke Politik vor eine große strategische Herausforderung: Für nachhaltige gesellschaftliche Mehrheiten, die sich auch in Wahlergebnissen und parlamentarischen Mehrheiten niederschlagen, sind die Stimmen und die Unterstützung aus den unteren sozialen Schichten unverzichtbar, um eine «Unten-Mitte-Politik» zu verankern. Gelingt diese Mobilisierung nicht, bleibt nur die Konkurrenz um die wahlbereiten Schichten, unter denen aus sozialstruktureller Perspektive die mittleren und oberen Schichten dominieren, die politisch eher «Oben-Mitte-Bündnisse» favorisieren.

Für Parteien gilt es, Nichtwähler unterscheiden zu lernen, nicht nur, weil sie unterschiedliche Parteipräferenzen haben. Es gibt diejenigen, die nicht wählen gehen, weil ihnen die Parteien zu gleich und gleichgültig geworden sind, die Politik banal und Politiker als «Inkarnation des Mittelmaßes» betrachten. «Sie machen sich bemerkbar, sind sprachfähig und majorisieren die Sprachlosen. Die Mehrheit sind die Schweigenden.» Diese Mehrheit sage nicht trotzig und selbstbewusst «Meine Stimme geb' ich nicht», sie wüssten oft nicht mehr, dass sie eine Stimme haben, die sie gebrauchen und erheben könnten, oder erhofften sich nichts mehr von ihr. Wahlenthaltung sei hier Ausdrucksform des Ausgeschlossenenseins (Dobrinski 2009).

Wer Nichtwähler gewinnen will, sagt Klaus-Peter Schöppner von Emnid zu Recht, muss zielgruppenorientiert agieren. Das ist in Wahlkampfzeiten jedoch aufwendig und risikoreich, weil ergebnisoffen. Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass bestimmte Gruppen von Nichtwählern in Wahlkämpfen gar nicht mehr zu erreichen sind, sondern dass Parteien jenseits von Wahlen eine «Alltagsbeziehung» mit ihnen aufbauen müssen. Denn eine zentrale Erfahrung großer Teile der Bevölkerung ist: Die Parteien interessieren sich nur im Vorfeld von Wahlen für sie, wenn es um ihre Stimmen geht. Danach sind sie wieder weg. Für das politische oder wahlstrategische Vorhaben auch der LINKEN, Nichtwähler wieder gezielt an die Urnen zu mobilisieren, heißt das: Es kann nicht die eine Strategie, sondern nur mehrere zielgruppenorientierte Strategien geben. Im Vorgang der wachsenden Wahlenthaltung in Deutschland finden die Prozesse der «Normalisierung» und der «Krise der Demokratie» gleichzeitig statt. In der Regel braucht es in beiden Fällen bessere Gründe wählen zu gehen.

«Der tiefste Sinn des Begriffs der Demokratie besteht in der Einbindung aller in die öffentlichen Angelegenheiten. Wer daran glaubt, dass eine andere Demokratie als die heute herrschende möglich ist, muss sich fragen, mit welchen nichtautoritären Organisationsformen die Ausgegrenzten eingemeindet werden können, und zwar in Respekt und Würde. Lähmung wird nur aufgebrochen durch Empathie und Emotion» (Kebir 2009).

Von entscheidender Bedeutung wird sein, wieder eine Vorstellung und ein Gefühl von der eigenen Macht und der Veränderbarkeit der Verhältnisse zu entwickeln. Dieses Gefühl entsteht nicht abstrakt, sondern

konkret, über soziale Netzwerke, Stützpunkte und Beratungsstellen, an lokalen Orten, «wo sich jene Kreativität entwickeln [kann], die aus Benachteiligten doch noch aktive Bürger macht» (ebd.). Die Verteidigung öffentlicher Räume – Bibliotheken, Clubs, Kiezläden – gegen kommunale Sparpolitik besitzt dabei herausragende Bedeutung. Aber ebenso ein Verständnis von politischer Organisation und Parteilarbeit, das die parlamentarische Arbeit im politischen System selbst nur als Spitze eines Eisberges begreift, worunter sich die soziale Verankerung im Alltag in prekären Wohnvierteln verbirgt. Es geht um mehr, als Wahlkampf auch mal dort zu machen. Es geht darum, ob wieder «Leute von hier» oder «eine von uns» auf den Wahllisten steht – und in Positionen gebracht wird.

Friedrich Engels begriff im Rückblick auf die gescheiterten Revolutionshoffnungen von 1848 und die «Rebellion alten Stils» mit ihren Barrikaden und militärischen Straßenkämpfen, dass das Proletariat mit dem Gebrauch des allgemeinen Wahlrechts eine viel wirkungsvollere Waffe in die Hand bekommen hatte. Er sah die «Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts, der Demokratie, als eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des streitbaren Proletariats», was bereits das Kommunistische Manifest proklamiert und die deutsche Sozialdemokratie international vorbildlich zu nutzen gewusst habe.

«Mit dieser erfolgreichen Benutzung des allgemeinen Stimmrechts war aber eine ganz neue Kampfweise des Proletariats in Wirksamkeit getreten, und diese bildete sich rasch weiter aus. Man fand, dass die Staatseinrichtungen, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie sich organisiert, noch weitere Handhaben bieten, vermittelt deren die Arbeiterklasse diese selben Staatseinrichtungen bekämpfen kann. Man beteiligte sich an den Wahlen für Einzellandtage, Gemeinderäte, Gewerbeberichte, man machte der Bourgeoisie jeden Posten streitig, bei dessen Besetzung ein genügender Teil des Proletariats mitsprach. Und so geschah es, dass Bourgeoisie und Regierung dahin kamen, sich weit mehr zu fürchten vor der gesetzlichen als vor der ungesetzlichen Aktion der Arbeiterpartei, vor den Erfolgen der Wahl als vor denen der Rebellion» (Marx/Engels 1963: 519).

Die Erfolge fielen nicht vom Himmel. Das demokratische Selbstbewusstsein entwickelte sich über die soziale Organisationskraft der Arbeiterorganisationen, über Bildungsarbeit, praktische Solidarität und den Glauben an die eigene Kraft bei der Veränderung der Welt. Man mag angesichts der demokratisch-parlamentarischen Legitimation der Kriegskredite 1914 oder der Kanzlerschaft Hitlers 1933 an einer Erfolgsgeschichte der Demokratie und des allgemeinen Wahlrechts zweifeln. Tatsächlich sind Demokratie und Beteiligung nicht zeit- und voraussetzungslos, ihre Bedingungen sind immer wieder neu herzustellen. Ein anderer Weg als nach den «Handhaben» zu suchen, die für die Wiederherstellung demokratischer Beteiligung erforderlich sind, steht nicht zur Verfügung, um etwas gegen den Gebrauch wirtschaftlicher Macht durchzusetzen.

LITERATUR

B

Bödeker, Sebastian 2012: Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. Otto Brenner Stiftung, Frankfurt am Main, unter: <http://www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-arbeitspapiere/shop/obs-arbeitspapier-nr-1-soziale-ungleichheit-und-politische-partizipation-in-deutschland.html>.

Bommarius, Christian 2012: Drei Affen und ein Bundestag, in: Berliner Zeitung, 20.6.2012, S. 4.

Brähler, Elmar/Decker, Oliver 2012: Die Parteien und das Wählerherz. Repräsentative Face-to-Face-Befragung. Abteilung Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig, Leipzig.

Burzan, Nicole 2011: Zur Gültigkeit der Individualisierungsthese. Eine kritische Systematisierung empirischer Prüfkriterien, in: Zeitschrift für Soziologie 40(6), S. 418–435.

Bytzek, Evelyn/Roßteutscher, Sigrid (Hg.) 2011: Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen, Frankfurt am Main.

D

De Nève, Dorothee 2009: NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie? Opladen/Farmington Hills.

Deckers, Daniel 2012: Jung, männlich, gottlos, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.4.2012.

Der Paritätische 2011: Von Verhärtungen und neuen Trends. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2011, Berlin, unter: http://www.der-paritaetische.de/uploads/tx_pdforder/A4_armutsbericht_web.pdf.

Dobrinski, Matthias 2009: Meine Stimme geb' ich nicht. In Deutschland ist mehr als jeder Vierte nicht zur Wahl gegangen, in: Süddeutsche Zeitung, 29.9.2009, S. 3.

E

Eder, Christina/Rattinger, Hans 2010: Urlaub, Protest oder Desinteresse? Gründe für die Nichtteilnahme an der Bundestagswahl 2009. Vortrag auf der Tagung des DVPW-Arbeitskreises «Wahlen und politische Einstellungen» am 24./25.6.2010 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.

Ehlert, Martin/Heisig, Jan Paul 2011: Arm, ärmer, am ärmsten. Menschen mit niedrigem Einkommen steigen immer häufiger ab, in: WZB Mitteilungen 134, S. 7–9.

Eilfort, Michael 1994: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wählerverhaltens, Paderborn.

Eilfort, Michael 2009: Wahlenthaltung: Ein vielschichtiges Phänomen mit wachsender politischer Bedeutung, Berlin/Tübingen (aktualisierter Stand: 1.8.2009).

F

Falter, Jürgen W. 2011: Das Unbehagen an der Politik, in: Frankfurter Rundschau, 27.9.2011, unter: <http://www.fr-online.de/meinung/gastbeitrag-das-unbehagen-an-der-politik,1472602,10902490.html>.

G

Gabriel, Oscar W./Westle, Bettina 2012: Wählerverhalten in der Demokratie. Eine Einführung, Baden-Baden.

H

Hermann, Michael C. 2010: Wahlkampf und Jugendliche: Nur Risiken und Nebenwirkungen? Ergebnisse einer internationalen Längsschnittstudie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 41(4), S. 818–838.

Heyduck, Elke/Krimmel, Iris/Lorenten, Ralf/Probst, Lothar/Pusch, Volker/Schlichting, Karl/Schröder, Paul M. 2009: Wahlverdrossenheit, Arbeitnehmerkammer Bremen, Bremen.

Hilmer, Richard/Sartorius, Oliver 2009: Gewerkschaftsmitglieder «neuen Typs». Wahlverhalten und Nichtwahlmotive von Gewerkschaftsmitgliedern in Zeiten der Großen Koalition, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Horst, Patrick 2011: Das neue Hamburger Wahlrecht auf dem Prüfstand: kontraproduktiv, aber schwer reformierbar, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 42(4), S. 707–724.

I

Infratest dimap 2009: ARD Deutschland-Trend Oktober 2009, Berlin.

K

Kahrs, Horst 2011: Mal wieder die Organisationsfrage stellen, in: LuXemburg 4/2011, S. 6–15.

Kebir, Sabine 2009: Staatsbürgerliche Lähmung, in: Der Freitag, 1.10.2009, S. 11.

Klatt, Johanna/Walter, Franz 2011: Entbehrliche Bürgergesellschaft. Soziale Benachteiligte und Engagement, Bielefeld.

Kleinhenz, Thomas 1995: Der Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen.

Köcher, Renate 2012: Entspannter Fatalismus. Die Deutschen und die Krise, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.10.2012, S. 7.

Kohler, Ulrich 2011: Der Mehrheitswille zählt. Einfluss der Nichtwähler auf die Regierungsbildung ist geringer als angenommen, in: WZB Mitteilungen 132, S. 19–21.

Kolbe, Andreas 2009: Die Unkenntnis und ihr Missverständnis. Wahlumfragen in den Medien, Berlin, unter: www.nautilus-politikberatung.de.

Kolbe, Andreas 2009: Öffentliche Meinung vs. Wahlumfragen vs. Schweigespirale. Wahlumfragen sind kein Ausdruck öffentlicher Meinung, Berlin, unter: www.nautilus-politikberatung.de.

L

Lux, Thomas 2011: Jenseits sozialer Klassen? Eine empirische Überprüfung der Individualisierungsthese am Beispiel von Ungleichheitseinstellungen und Wahlverhalten, in: *Zeitschrift für Soziologie* 40(6), S. 436–457.

M

Martens, Rudolf 2009: Die Bundestagswahl 2009: Nichtwähler entscheiden(d)! Phänomenologie und Folgerungen, Paritätische Forschungsstelle, Berlin.

Marx, Karl/Engels, Friedrich 1963: Werke (MEW), Bd. 22, Berlin.

Mechtenberg, Lydia 2011: Warum wählen? Viele glauben ans Gewicht der eigenen Stimme – zu Unrecht, in: *WZB Mitteilungen* 132, S. 12–14.

Merz, Stefan 2010: Das Kreuz mit dem Kreuz. Unentschlossene Wähler in Deutschland, Baden-Baden.

Müller, Walter 1998: Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten, in: *Leviathan* 4/1998, S. 3–46.

N

Negri, Antonio/Hardt, Michael 2010: Common Wealth. Das Ende des Eigentums, Frankfurt am Main.

Neu, Viola 2012: «Dann bleib ich mal weg.» Der Mythos der «Partei» der Nichtwähler, Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin/Berlin.

Niedermayer, Oskar 2010: Erfolgsbedingungen neuer Parteien im Parteiensystem am Beispiel der Piratenpartei Deutschland, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 41(4), S. 838–854.

P

Pappi, Franz Urban/Brandenburg, Jens 2009: Wähler im Politikraum des deutschen Parteiensystems 1980 bis 2005, Working Paper Nr. 124, Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung, Mannheim.

Pappi, Franz Urban/Brandenburg, Jens/Shikano, Susumu 2008: Nähe und Richtung als Kriterien der Politikwahl. Probleme der empirischen Messung am Beispiel deutscher Bundestagswahlen, Working Paper 115, Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung, Mannheim.

Petersen, Thomas 2009: Die unverdrossenen Wähler, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.7.2009.

S

Schäfer, Armin 2009: Krisentheorien der Demokratie: Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie, in: *dms – der moderne staat* 1/2009, S. 159–183.

Schäfer, Armin 2010: Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 4/2010, S. 131–156.

Schäfer, Armin 2011a: Mehr Mitsprache, aber nur für wenige? Direkte Demokratie und politische Gleichheit, in: *MPIfG Köln-Journal*, S. 53–59.

Schäfer, Armin 2011b: Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie?, in: *Bytzek, Evelyn/Roßteutscher, Sigrid (Hrsg.): Der unbekannt Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Frankfurt am Main, S. 133–156.

Schäfer, Armin 2012: Entbehrliche Wähler? Folien eines gleichnamigen Vortrages im Gesprächskreis «Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse» der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 31.3.2012, Berlin.

Scherer, Philipp 2011: Jenseits von Links und Rechts: Spielt Ideologie für Parteien und Wähler keine Rolle mehr?, in: *Bytzek, Evelyn/Roßteutscher, Sigrid (Hrsg.): Der unbekannt Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Frankfurt am Main, S. 23–42.

Schöppner, Klaus-Peter 2009: Die Partei der Verweigerer, *Cicero online*, 14.8.2009.

Schwarz, Thomas 1998: Die Entwicklung des Parteiensystems bei Bundestagswahlen in deutschen Großstädten seit 1949, in: *Statistik und Informationsmanagement* 4/1998, S. 85–90.

Stadt Köln 2012: Wahlen in Köln. Kurzanalyse der Landtagswahl 2012, in: *Kölner Statistische Nachrichten* 3/2012.

Steinbrecher, Markus/Rattinger, Hans 2011: Die Wahlbeteiligung, in: *Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*, Baden-Baden, S. 77–90.

W

Walter, Franz 2006: Warum die Armen nicht wählen, *Spiegel Online*, 2.4.2006.

Weßels, Bernhard 2009: Splitting sichert den Wechsel. Mit taktischem Wahlverhalten verhindert der Bürger Schwarz-Rot, in: *WZB Mitteilungen* 126, S. 33–37.

Weßels, Bernhard 2011: Das wählerische Herz schlägt links der Mitte. Regierungszufriedenheit und Einstellungen sozialdemokratischer Wähler im europäischen Vergleich 2002–2008, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Weßels, Bernhard/Giebler, Heiko/Wagner, Aiko 2012: Meine Partei, mein Kandidat, meine Stimme. Wie Wähler über Vertrauen und Kompetenz in der Politik urteilen, in: *WZB Mitteilungen* 135, S. 22–24.